

Offenes Verfahren
über die Lieferung, Inbetriebnahme und Wartung eines
Zweikanal-Kuvertiersystems

BRZ



Ausschreibungsunterlagen
Teil D – Leistungsvertrag

Dieser Teil (Teil D) muss dem Angebot unterschrieben beigelegt werden!

Bezeichnung: KUVSYS2018_V2.0
Geschäftszahl: BRZ-7.1.1/0054-K-ER-BE/2018

Leistungsvertrag

zwischen der

**Bundesrechenzentrum GmbH
Hintere Zollamtsstraße 4
1030 Wien**

(nachstehend als "AG" bezeichnet)

und

**des im offenen Verfahren
(KUVSYS2018 V2.0, BRZ-7.1.1/0054-K-ER-BE/2018)
ermittelten Auftragnehmers**

(nachstehend als "AN" bezeichnet)

INHALTSVERZEICHNIS

1.	ALLGEMEINES UND GRUNDSÄTZE DES LEISTUNGSVERTRAGES.....	7
1.1.	Allgemeines	7
1.2.	Vertragsbestandteile	9
1.3.	Normen und Richtlinien	10
1.4.	Zulassungen und Kennzeichnungen	10
2.	GEGENSTAND DES LEISTUNGSVERTRAGES.....	11
2.1.	Allgemeine Leistungsbeschreibung	11
2.2.	Leistungsgegenstand	12
2.3.	Allgemeine gerätetechnische Anforderungen	12
2.4.	Benutzerhandbuch und technische Dokumentationen	13
2.5.	Meilensteinplan.....	14
2.6.	Prüfung der Leistungs- und Installationsvoraussetzungen, Zugang zu Anlagen.....	15
2.7.	Datenerfassung	16
2.8.	Organisation	16
2.9.	Schriftverkehr Sämtliche das vertragsgegenständliche Projekt betreffende Schriftstücke des AN haben die folgenden Angaben zu enthalten:	16
2.10.	Informationspflichten	17
2.11.	Nebenleistungen	17
2.12.	Behinderung der Ausführung	19
2.13.	Überwachung und Koordinierung der Leistung	19
3.	LEISTUNGSFESTSTELLUNG UND ABNAHME.....	21
3.1.	Funktionstest am Produktionsort.....	21
3.2.	Performancetest	21
3.3.	Probetrieb	21
3.4.	Abnahme des Zweikanal-Kuvertiersystems	22
4.	SCHULUNG	23
5.	OPTIONALER STUNDENPOOL FÜR ZUSÄTZLICHE UNTERSTÜTZUNGSLEISTUNGEN SOWIE OPTIONALER STUNDENPOOL FÜR RUFBEREITSCHAFTEN	24
5.1.	Optionaler Stundenpool für zusätzliche Unterstützungsdienstleistungen.....	24

5.2.	Optionaler Stundenpool für Rufbereitschaften	24
6.	WARTUNG UND VERFÜGBARKEIT	24
6.1.	Allgemeines	24
6.2.	Wartungsleistungen im Detail	25
6.3.	Ablauf der Instandsetzung bei Störungen	28
6.4.	Wartungszeitraum	28
6.5.	Betrieb einer Störungsannahmestelle (Hotline)	28
6.6.	Beginnzeitpunkt der Störungsbehebung (T0)	28
6.7.	Erstkontakt Störungsmeldung (T0 bis T1)	29
6.8.	Information über Disposition (T1 bis T2)	29
6.9.	Reaktionszeit (T2bis T3)	29
6.10.	Wiederherstellungszeit (T0 bis T4)	29
6.11.	Zeitdiagramm für Störungsbehebungen	30
6.12.	Unterbrechung der Störungsbehebung	31
6.13.	Berichte	31
6.14.	Beeinträchtigung des Betriebs	32
6.15.	Fachpersonal	32
6.16.	Informationspflicht	33
6.17.	Kündigung	33
7.	VERTRAGSSTRAFEN, CHANGE REQUEST UND LEISTUNGSABNAHME	34
7.1.	Vertragsstrafen	34
7.2.	Beeinträchtigung des Betriebes durch Wartungsarbeiten	35
7.3.	Abnahme der Leistungen	35
7.4.	Leistungsänderungen (Change Requests)	36
7.5.	Eigenmächtig erbrachte Leistungen	37
8.	RECHTLICHE UND KOMMERZIELLE AUFTRAGSBEDINGUNGEN	37
8.1.	Einzelauftrag / Abrufauftrag	37
8.2.	Vertragsdauer und Optionen	39
8.3.	Außerordentliche Kündigung	39
8.4.	Erfüllungsort	42
8.5.	Leistungsbeginn	42
8.6.	Teilbarkeit von Leistungen	42
8.7.	Eigentums- und Gefahrenübergang	42
8.8.	Zurückbehaltung und Leistungspflicht	43

8.9.	Randbedingungen und Voraussetzungen	43
8.10.	Rechtsnachfolge	44
8.11.	Einsatz von Subunternehmern / Wechsel von Subunternehmern und/oder von namhaft gemachten Fachkräften	44
8.12.	Entgelt, Zahlungsbedingungen, Spesen	45
8.13.	Rechnungslegung	46
8.14.	Mangelhafte Rechnungslegung	48
8.15.	Hafrücklass in Form von Bankgarantien	49
8.16.	Preisanpassungen und Herstellerpreisliste	50
8.16.1.	Preisanpassung	50
8.16.2.	Herstellerpreisliste	51
8.17.	Überschreitung von Leistungsterminen (Verzug)	52
8.18.	Gewährleistung und Garantie.....	53
8.18.1.	Allgemeines	53
8.18.2.	Beginn der Gewährleistung und Garantie.....	54
8.18.3.	Verfügbarkeit der Ersatzteile	55
8.18.4.	Mängelrüge	55
8.18.5.	Mängelbehebung	55
8.18.6.	Verzicht	55
8.18.7.	Neue Gewährleistungs- und Garantiefrist.....	55
8.19.	Haftung für Schäden	55
8.20.	Sorgfalt	56
8.21.	Freiheit von Rechten Dritter	56
8.22.	Freiheit von Nutzungsbeschränkungen.....	57
8.23.	Immaterialgüterrechte	57
8.24.	Open-Source-Software oder sonstige Drittsoftware	58
8.25.	Einsatz von Personal für die Auftragserfüllung	59
8.26.	Abwerben von Personal	60
9.	DATENSCHUTZ, DATENSICHERHEIT, GEHEIMHALTUNG.	60
9.1.	Datenschutz	60
9.2.	Datensicherheit, Unterstützung	63
9.3.	Geheimhaltung	64
10.	SCHLUSSBESTIMMUNGEN	65
10.1.	Schriftform und Sprache	65
10.2.	Salvatorische Klausel	65
10.3.	Anwendbares Recht	65

10.4.	Gerichtsstand	65
10.5.	Irrtumsanfechtung.....	66
10.6.	Aufrechnungsverbot.....	66

1. ALLGEMEINES UND GRUNDSÄTZE DES LEISTUNGSVERTRAGES

1.1. Allgemeines

- 1 Der Auftraggeber (in weiterer Folge als AG bezeichnet) hat im Rahmen eines offenen Verfahrens mit EU-weiter Bekanntmachung gemäß BVergG 2006 den Auftragnehmer (in weiterer Folge als AN bezeichnet) als Partner des Leistungsvertrages ausgewählt und schließt mit diesem den gegenständlichen Leistungsvertrag ab.
- 2 Durch den Abschluss dieses Leistungsvertrages erwächst dem Auftragnehmer kein Rechtsanspruch auf die ausschließliche Betrauung mit gegenständlichen Leistungen aus dem Geschäftsbereich des Auftraggebers. Der Abschluss des Leistungsvertrages begründet für den Auftraggeber keine Pflicht zum Abruf der darin vorgesehenen Wartungsleistungen und der optionalen Leistungen. Der Auftraggeber sichert dem Auftragnehmer weiters weder Exklusivität für die ausgeschriebenen Leistungen noch den Abruf von bestimmten Leistungsvolumina zu. Der Auftraggeber ist jederzeit berechtigt, auch Drittfirmen mit den vertragsgegenständlichen Leistungen zu beauftragen.
- 3 Der Leistungsvertrag betreffend die Wartung wird für die Dauer von fünf Jahren ab Abnahme des Zweikanal-Kuvertiersystem durch den Auftraggeber geschlossen, wobei der AG für die ersten zwei Vertragsjahre auf eine Kündigung verzichtet. Darüber hinaus steht dem Auftraggeber das Recht zu, eine Verlängerung von insgesamt weiteren fünf Jahren auf insgesamt höchstens zehn Jahren durch Inanspruchnahme der eingeräumten Optionen gemäß Punkt 6.1 zu beauftragen.
- 4 In diesem Zusammenhang wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer spätestens ein Monat vor Ablauf des Leistungsvertrages bekannt geben, ob er von der Optionsziehung für ein weiteres Jahr Gebrauch machen wird. Hinsichtlich der Preisgestaltung wird auf die Preisgleitklausel im Punkt 8.16 verwiesen.
- 5 Die im Folgenden genannten Begriffe und Abkürzungen haben die ihnen in der rechten Spalte der nachstehenden Tabelle gegebene Bedeutung, soweit sich aus dem Zusammenhang nichts eindeutig Abweichendes ergibt:

Begriff	Definition
AG	Auftraggeber
AN	Auftragnehmer
AngG	Angestelltengesetz
ANKÖ	Auftragnehmerkataster Österreich
Bieter	Ist auch eine Bietergemeinschaft, sofern sich nicht Anderes aus den Ausschreibungsunterlagen ergibt.
BKA	Bundeskanzleramt
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BRZ	Standort Bundesrechenzentrum, Hintere Zollamtsstraße 4, 1030 Wien oder die Bundesrechenzentrum GmbH
BRZ GmbH	Bundesrechenzentrum GmbH
BVergG	Bundesvergabegesetz (siehe Teil A, Punkt 2.1)
fabrikneu	Teile/Produkte, die noch nicht produktiv im Einsatz waren und deren Produktionsdatum nicht älter als 12 Monate ist
GewO	Gewerbeordnung
HA	High Availability (Hochverfügbarkeit)
idgF	in der geltenden Fassung
Inbetriebnahme	Zeitpunkt, ab dem die Anlage eigenständig unter der Führung der Mitarbeiter des AG's produktive Jobs verarbeitet und alle benötigten Informationen automatisiert in das Item-Tracking-System übertragen werden.
iSd	im Sinne des
Krit.	Kriterium
KSV	Kreditschutzverband
Randziffer	Ist eine Randziffer auf dem linken Rand dieses Leistungsvertrages.
SPG	Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991 idgF
NDA	Non Disclosure Agreement, Geheimhaltungsvereinbarung
Normalarbeitszeit	an Werktagen von 07:00 bis 17:00 Uhr
Produkt	Ein Produkt oder eine Gruppe von Produkten, die gemeinsam die geforderten Funktionen abdecken.
PT	Personentag (1 PT umfasst 8 Arbeitsstunden zu je 60 Minuten)
Leistungsvertrag	Darunter ist eine Vereinbarung zu verstehen, welche sowohl Dienstleistungen (zB Unterstützungsdienstleistung, Schulung, Rufbereitschaft, Wartung) als auch Lieferleistungen umfasst.
UID	Umsatzsteueridentifikationsnummer
UStG	Umsatzsteuergesetz
Wartung	Ist eine Wartung für die angebotene Hardware und die angebotene Software inklusive Instandsetzung gemäß Leistungsvertrag, Teil D, Punkt 6
Werktag	Montag bis einschließlich Freitag, mit Ausnahme gesetzlicher Feiertage.
5 x 8 Wartung	Ist eine „5 Werktage“ x „8 Stunden“ Wartung

Die Hervorhebung einzelner Worte in Fettschrift dient ausschließlich der leichteren Lesbarkeit und Überblickbarkeit der Ausschreibungsunterlagen. Der Hervorhebung einzelner Worte in Fettschrift kann keinesfalls eine inhaltliche Bedeutung beigemessen werden.

1.2. Vertragsbestandteile

- 6 Die wechselseitigen Rechte und Pflichten der Vertragspartner ergeben sich aus den nachstehend in der Reihenfolge ihrer Bedeutung angeführten Vertragsbestandteilen, nämlich:
- a) Einzelauftrag des Auftraggebers und gegebenenfalls bezug habende Unterlagen;
 - b) allfälligen Ergänzungen, Erklärungen, Berichtigungen und Rückfragenbeantwortungen zu den einzelnen Teilen der Ausschreibungsunterlagen;
 - c) gegenständlicher Leistungsvertrag (Teil D); Ausschreibungsunterlage Teil B (Lastenheft); Ausschreibungsunterlage Teil E (Kriterien- und Fragenkatalog);
 - d) Ausschreibungsunterlage Teil G (NDA) ;
 - e) Ausschreibungsunterlage Teil C (Preisblätter);
 - f) Ausschreibungsunterlagen Teil A (Bestimmungen für das Angebot), Teil F (Angebotsschreiben/Bietererklärung, Formblätter für notwendige Subunternehmer sowie für Bietergemeinschaften, Formblatt zur Störungsannahmestelle und Muster für Bankgarantieerklärungen sowie für eine eidesstaatliche Erklärung) und Teil H (Formblätter für die technische Leistungsfähigkeit);
 - g) Angebot zum gegenständlichen Vergabeverfahren des Auftragnehmers;
 - h) besondere Bestimmungen für den Einzelfall in technischen ÖNORMEN bzw. Europäischen Normen oder DIN-Normen;
 - i) alle zutreffenden Normen, technischen Richtlinien, Wissensstand der Technik, soweit diese nicht den Ausschreibungsbedingungen widersprechen.
- 7 Im Falle widersprüchlicher oder gegensätzlicher Bestimmungen der gleichen hierarchischen Stufe ist jeweils der Inhalt des Vertragsbestandteils jüngeren Datums maßgeblich. Bei Widersprüchen zwischen den einzelnen Vertragsbestandteilen in der Randziffer 6 hat der jeweils vorgereihte Vertragsbestandteil Vorrang.
- 8 Die Gültigkeit allfälliger Allgemeiner Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers ist und bleibt stets ausgeschlossen. Dies gilt unabhängig davon, ob solche Bedingungen vor Abschluss dieses Vertrages oder in der Folge auf Nachtragsangeboten, Rechnungen und wo sonst immer angeführt sind.

1.3. Normen und Richtlinien

- 9 Es gelten die zugehörigen technischen ÖNORMEN und Europäischen Normen (EN). In Fällen, in denen keine einschlägigen ÖNORMEN bestehen, gelten die Europäischen Normen in sinngemäßer Anwendung. In Zweifelsfällen gelten grundsätzlich die im Vertrag genannten Normen vorrangig vor den nicht genannten Normen. Dies gilt gleichermaßen für ÖNORMEN und Europäischen Normen.

1.4. Zulassungen und Kennzeichnungen

- 10 Für die einzelnen angebotenen Komponenten müssen – soweit gesetzlich vorgesehen – eine CE-Konformitätsbescheinigung sowie eine ÖVE-Typenprüfungsbescheinigung vorliegen. Je eine Kopie der jeweiligen Bescheinigung ist dem Auftraggeber nach Aufforderung binnen 14 Kalendertagen vorzulegen.

2. GEGENSTAND DES LEISTUNGSVERTRAGES

2.1. Allgemeine Leistungsbeschreibung

- 11 Der Auftragnehmer hat die in Punkt 2.2 Leistungsgegenstand beschriebenen Leistungen, für
die der Auftragnehmer im Rahmen des offenen Verfahrens KUVSYS2018_V2.0, GZ BRZ-
7.1.1/0054-K-ER-BE/2018 ermittelt wurde (siehe Seite 2), gesamtverantwortlich zu erbringen.
- 12 Die detaillierten Beschreibungen des Vertragsgegenstandes insbesondere der vom
Auftragnehmer im Einzelnen zu erbringenden Leistungen sowie der zu erreichenden Ziele
finden sich insbesondere im Lastenheft (Teil B) und im Kriterien-/Fragenkatalog (Teil E), die
integrierter Vertragsbestandteil sind, sowie nachstehend.
- 13 Der AN garantiert insbesondere folgende allgemeinen Funktions- und Leistungsmerkmale für
die ausschreibungsgegenständliche Leistungen:
- 14 Das Zweikanal-Kuvertiersystem kann uneingeschränkt gemäß dem spezifizierten
Leistungsumfang ohne Anpassungen betrieben werden.
- 15 Externe und interne Hardware- und Software-Schnittstellen entsprechen den spezifizierten
Funktionalitäten (hinsichtlich Leistungsmerkmale, Parametrier- und
Konfigurationsmöglichkeiten, Bedienoberfläche der Endgeräte usw.).
- 16 Alle Komponenten des Zweikanal-Kuvertiersystems (Hardware und Software) sind zum
Zeitpunkt der Installation auf letztaktuellem Stand der Technik, sofern nicht nachweislich
anderes vereinbart wurde.
- 17 Das Zweikanal-Kuvertiersystem ist so gestaltet, dass es von Personen, die mit dem Umgang
mit ähnlichen Systemen vertraut sind, nach der angebotenen Schulung bedient, umgerüstet
und justiert werden kann.
- 18 Die Kopplung mit den vorhandenen Übertragungseinrichtungen bzw. Netzwerkkomponenten
des AG funktioniert im spezifizierten Umfang wie bedungen und mängelfrei.
- 19 Das Zweikanal-Kuvertiersystem entspricht den Anforderungen der einschlägigen Gesetze,
Verordnungen und technischen Richtlinien und den Bestimmungen des
ArbeitnehmerInnenschutzes einschließlich der darauf Bezug nehmenden EU-Richtlinien.
- 20 Das Zweikanal-Kuvertiersystem erfüllt bei ordnungsgemäßer Wartung sämtliche spezifizierte
Eigenschaften für die Mindestnutzungsdauer von zehn (10) Jahren ab Abnahme.
- 21 Die angebotenen Produkte des Zweikanal-Kuvertiersystems sind zueinander uneingeschränkt
kompatibel und laufen miteinander fehlerfrei.

- 22 Darüberhinaus bestehen folgende Verpflichtungen des AN:
- 23 Lieferung, Aufstellung, Justierung, Montage und Installation des Zweikanal-Kuvertiersystems am Erfüllungsort, welche mit dem AG bzw. dessen Vertreter zu koordinieren ist. Der AN ist verpflichtet den AG von der Beendigung der Installation umgehend nachweislich zu informieren.
- 24 Der AN garantiert dem AG die Vollständigkeit des auf Grundlage dieses Vertrages zu liefernden, zu implementierenden und in Betrieb zu nehmenden Zweikanal-Kuvertiersystems samt der für den Betrieb erforderlichen Software.
- 25 Der AN garantiert, alle Leistungen zu erbringen, die zur Herbeiführung des vertraglichen Leistungserfolgs, insbesondere für die Funktionsfähigkeit und Betriebsfähigkeit, erforderlich sind, auch wenn sie in diesem Vertrag nicht ausdrücklich genannt sind.
- 26 Der AN ist für die vollständige Implementierung und ordnungsgemäße Gesamtfunktion des Zweikanal-Kuvertiersystems verantwortlich.

2.2. Leistungsgegenstand

- 27 Die vom Auftragnehmer gesamtheitlich zu erbringenden Leistungen umfassen primär folgende Leistungen:
- Lieferung eines fabrikneuen Zweikanal-Kuvertiersystems (und der für deren Betrieb erforderlichen Software), das in einer Produktliste des Herstellers gelistet und bereits am Markt erhältlich ist, samt Dokumentationen, Transport, Aufstellung, Justierung, Montage, Installation sowie Inbetriebnahme und Implementierung entsprechend dem detaillierten Leistungsbild (siehe auch Teil E, Kriterienkatalog, sowie Punkt 2.3)
 - Schulung von Mitarbeitern des Auftraggebers;
 - 5 x 8 Wartung des angebotenen Zweikanal- Kuvertiersystems für fünf Jahre, optional bis zu zehn Jahre ab Beauftragung;
 - Optionaler Stundenpool für zusätzliche Unterstützungsdienstleistungen;
 - Optionaler Stundenpool für Rufbereitschaften

2.3. Allgemeine gerätetechnische Anforderungen

- 28 Bei der Installation und Wartung des Zweikanal-Kuvertiersystems dürfen in allen Teilen nur geprüfte Materialien, Geräte und Zubehörteile verwendet werden.

- 29 Alle Komponenten gleichen Typs sowie alle Bauteile gleicher Bezeichnung des Zweikanal-Kuvertiersystems haben untereinander austauschbar zu sein. Sämtliche Teile müssen im Hinblick auf Inspektion, Instandhaltung, Instandsetzung, Reparatur und Austausch leicht zugänglich sein.
- 30 Der AN hat alle für die Durchführung der Arbeiten erforderlichen Geräte sowie das erforderliche Personal und Material ohne besondere Vergütung bereitzustellen.
- 31 Vor Auslieferung des Zweikanal-Kuvertiersystems hat sich der AN über die Örtlichkeit der Montagestellen so genau zu informieren, sodass keine Verzögerungen beim Arbeitsbeginn oder im weiteren Arbeitsablauf auftreten können. Sämtliche dafür notwendigen Maßnahmen sind durch den AN ohne besondere Vergütung einzuleiten, zu organisieren und abzustimmen.
- 32 Alle Teile verstehen sich frei Erfüllungsort fertig montiert und betriebsbereit angeschlossen. Sofern nicht ausdrücklich anders beschrieben gehören hierzu:
- die Lieferung des Zweikanal-Kuvertiersystems in fabriksneuer Ausführung, aus der neuesten Bauserie in zusammengebauter Form, einschließlich Verpackung, Lieferung frei Erfüllungsort und Entsorgung des Verpackungsmaterials;
 - alle erforderlichen Beschreibungen, Abbildungen oder Skizzen oder Maßzeichnungen, alle erforderlichen Stecker und Klemmen, Sicherungen, Lampen, Schlüssel und das sonstige zum Betrieb notwendige Zubehör, auch wenn es im Text nicht besonders angeführt ist;
 - die betriebsfertige Montage am Erfüllungsort bestehend aus dem Zusammenbau der einzeln angeführten Teile, dem Einbau oder der Aufstellung der gelieferten Teile samt vorschriftsmäßiger Befestigung sowie hinsichtlich der enthaltenen Komponenten sowie das Anschließen aller Leitungen, Einsetzen der Zubehöerteile, Prüfung/Test der Funktionsfähigkeit der Systemkomponenten etc.
 - Für das Zweikanal-Kuvertiersystem bzw. die einzelnen angebotenen Komponenten muss – soweit gesetzlich vorgesehen – eine CE-Konformitätsbescheinigung vorliegen. Eine Kopie der jeweiligen Bescheinigung ist dem Auftraggeber binnen 14 Kalendertagen nach Aufforderung durch den Auftraggeber vorzulegen.

2.4. Benutzerhandbuch und technische Dokumentationen

- 33 Zum Leistungsumfang gehört auch die Lieferung der gesamten zur Nutzung des Zweikanal-Kuvertiersystems notwendigen bzw. zweckmäßigen Dokumentationen, insbesondere des

Benutzerhandbuches und der technischen Dokumentationen. Weiters gehört zum Leistungsumfang für die Dauer des laufenden Projekts und für die Dauer des Bestehens einer Wartungsverpflichtung die laufende Aktualisierung dieser gesamten Dokumentationen.

34 Die Unterlagen müssen so gestaltet sein, dass sie alle für den AG notwendigen systemrelevanten Informationen in aktueller und strukturierter Form enthalten.

35 Benutzerhandbuch und technische Dokumentationen haben alle für die laufende Arbeit notwendigen Abläufe so zu beschreiben, dass sie für eine eingeschulte Person verständlich sind.

36 Die technischen Dokumentationen müssen den zum Zeitpunkt der Installation des Vertragsgegenstandes üblichen Standards entsprechen und so gestaltet sein, dass sie für einen mit ähnlichen Systemen vertrauten Fachmann verständlich und verwertbar ist.

37 Das Benutzerhandbuch muss in deutscher Sprache geliefert werden.

38 Die technischen Dokumentationen müssen in deutscher oder englischer Sprache geliefert werden.

39 Der AN ist verpflichtet, das Benutzerhandbuch und die technischen Dokumentationen vor Durchführung der Abnahme zu erstellen und dem AG spätestens bei der Abnahme des Zweikanal-Kuvertiersystems (M1 siehe Punkt 2.5) zu übergeben.

40 Der AN ist verpflichtet, die gesamte Dokumentation (Betriebshandbuch sowie die technischen Dokumentationen) während des laufenden Projekts und für die Dauer des Bestehens einer Wartungsverpflichtung an die Weiterentwicklung von vertragsgegenständlichen Komponenten anzupassen bzw. entsprechende Aktualisierungen und Nachträge zu liefern und der AG ständig zur Abnahme zu übergeben. Der AG wird diese laufenden Dokumentationen - sofern die vorstehenden Bestimmungen eingehalten sind - ehestmöglich abnehmen.

41 Die für Betrieb und Erweiterung des Zweikanal-Kuvertiersystems notwendigen Referenzinformation ist in einer solchen Form mitzuliefern, dass sie von Personen verstanden wird, die im Umgang mit ähnlichen Komponenten vertraut sind.

42 Der AN hat das Recht, von den Dokumentationen für den eigenen Gebrauch unentgeltlich Kopien anzufertigen.

2.5. Meilensteinplan

43 Übersicht:

Nr.	Beschreibung	Termin absolut
M0	Auftragserteilung mittels Abrufauftrag	
M1*	Lieferung, Aufstellung, Justierung, Montage und Installation des Zweikanal-Kuvertiersystems inklusive eines allfälligen Funktionstests durch den AN ist erfolgt und der Performancetest ist erfolgreich durchgeführt - Beginn des Probebetriebs	M0+20 Wochen
M2	Ende des Probebetriebes inklusive Test der Gesamtfunktionalität des Zweikanal-Kuvertiersystems und Schulung des Bedienpersonals	M0+25 Wochen
M3*	Zweikanal-Kuvertiersystem ist abnahmebereit	M0+26 Wochen

*) Sämtliche mit * gekennzeichneten Meilensteine sind pönalisiert (vergleiche Punkt 8.17).

Meilensteinplan im Detail:

M0: Auftragserteilung mittels Abrufauftrag

M1: Lieferung, Aufstellung, Justierung, Montage und Installation des Zweikanal-Kuvertiersystems am Erfüllungsort ist abgeschlossen. Weiters ist ein allfällig vom AN am Produktionsort durchgeführter Funktionstest (siehe Punkt 3.1) des Zweikanal-Kuvertiersystems abgeschlossen. Zudem ist der bei dem AG durchzuführende Performancetest (siehe Punkt 3.2) erfolgreich abgeschlossen. Der Probebetrieb beginnt.

Dieser Meilenstein muss innerhalb von 20 Wochen ab Auftragserteilung [M0+20 Wochen] erreicht sein. Dieser Meilenstein ist gemäß Punkt 8.17 pönalisiert.

M2: Der Probebetrieb inklusive der Tests der Gesamtfunktionalität des Zweikanal-Kuvertiersystems ist abgeschlossen.

Dieser Meilenstein muss innerhalb von 25 Wochen ab Auftragserteilung [M0+ 25 Wochen] erreicht sein.

M3: Das Zweikanal-Kuvertiersystem steht zur Endabnahme bereit. Dieser Meilenstein muss innerhalb von 26 Wochen ab Auftragserteilung (M0 + 26 Wochen] erreicht sein. Dieser Meilenstein ist gemäß Punkt 8.17 pönalisiert.

2.6. Prüfung der Leistungs- und Installationsvoraussetzungen, Zugang zu Anlagen

Der AN hat die Voraussetzungen für die einwandfreie Erbringung seiner Leistungen für den

Erfüllungsort zu prüfen und gegebenenfalls den AG rechtzeitig schriftlich hinzuweisen, dass zugesicherte Vorleistungen des AG oder von ihm beauftragten Dritten nicht vorliegen oder nicht entsprechen. Dem AG sind die notwendigen Maßnahmen detailliert aufzuzeigen und mit einer angemessenen Frist zur Erbringung oder Verbesserung der Vorleistungen schriftlich und rechtzeitig bekannt zu geben. Bei Erbringung der Vorleistung innerhalb von 14 Tagen durch den AG ist ein Leistungsverzug des AN nicht gerechtfertigt. Erfolgt die Bekanntgabe durch den AN nicht rechtzeitig, so trägt der AN sämtliche daraus resultierende Mehrkosten. Rechtzeitig ist die Bekanntgabe, wenn ein normaler Ablauf der zu erbringenden Arbeiten durch den AG oder eines von diesem beauftragten Dritten noch gewährleistet ist.

50 Soweit dies für die Erfüllung der vertragsgegenständlichen Leistungen erforderlich ist, wird der AG dem AN den Zutritt zu den Räumlichkeiten des AG nach entsprechender Terminvereinbarung gewähren.

2.7. Datenerfassung

51 Der AN hat sich alle für die Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen erforderlichen Daten und Informationen einschließlich Schnittstellenkonfigurationen zu externen Komponenten auf eigene Kosten zu beschaffen. Der AG wird dem AN sämtliche verfügbaren Daten und Informationen über schriftliche Anforderung des AN zur Verfügung stellen.

2.8. Organisation

52 Die Projektverantwortung obliegt dem AN.

53 Der AN hat einen Ansprechpartner zu bestellen, der den AN in technischer und kaufmännischer Hinsicht vertritt und für den AN voll entscheidungsbefugt ist.

54 Der AG wird einen Ansprechpartner bestellen, welcher als verantwortlicher Ansprechpartner des AN im Hause des AG gilt.

55 Der AN hat die Voraussetzungen für eine Erreichbarkeit des verantwortlichen Ansprechpartners durch den AG während der Bürozeiten (an Werktagen von 7.30 bis 16.30 Uhr) sicherzustellen.

56 Der AN hat mit Angebotslegung zwei Servicetechniker (Teil A, Punkt 26.4.2) namhaft zu machen, die insbesondere durch ihre Erfahrungen bei ähnlichen Projekten für diese Rollen qualifiziert sind. Wenn der AN andere als die namhaft gemachten Servicetechniker zum Einsatz bringt, müssen diese dieselben Kriterien (Teil A, Punkt 26.4.2) nachweislich erfüllen.

2.9. Schriftverkehr

Sämtliche das vertragsgegenständliche Projekt betreffende Schriftstücke des AN haben die folgenden Angaben zu enthalten:

- Art des Dokuments (z.B. Protokoll)
- Erstellungs- und Freigabedatum
- Projektkurzbezeichnung „KUVSYS2018_V2.0“ im Betreff bzw. Titel
- Betreff bzw. Titel
- Autor mit Name, Firma, Abteilung, Adresse, Telefonnummer, Telefaxnummer, Mobiltelefonnummer und E-Mail-Adresse des Erstellers
- Versionsnummer
- Referenz (sofern zutreffend)
- systematischer Dateiname
- Qualitätssicherungsvermerk

2.10. Informationspflichten

Die Vertragsparteien werden das vertragsgegenständliche Projekt betreffende wichtige Informationen laufend austauschen.

Sobald für den AN Umstände erkennbar werden, die eine vertragsgemäße Umsetzung des Projekts in Frage stellen könnten, hat er den AG unverzüglich schriftlich über diese Umstände und über allfällige zu erwägende Maßnahmen zu benachrichtigen.

Kommt der AN seiner Pflicht zur Meldung bekannter Fehler von Komponenten nicht nach und entstehen der AG dadurch Aufwendungen, hat der AN der AG diese zu ersetzen.

2.11. Nebenleistungen

57 Der AN ist zu allen Maßnahmen verpflichtet, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass das Zweikanal-Kuvertiersystem fehlerfrei und fristgerecht in Betrieb genommen werden kann. Die nachstehend beispielhaft angeführten Leistungen sind zur vollständigen sach- und fachgemäßen Ausführung der Leistung unerlässlich und gelten somit als Nebenleistungen. Sie sind vom AN ohne besondere Aufforderung durch den AG so rechtzeitig zu erbringen wie dies für eine termingerechte Inbetriebnahme des Systems erforderlich ist. Die Nebenleistungen sind mit der vereinbarten Vergütung abgegolten:

- Koordination des Aufbaues, der Inbetriebnahme, des Probetriebes und der Übergabe des Zweikanal-Kuvertiersystems nach Abnahme des AG zum selbständigen Betrieb;
- intensive Abstimmung und umfassende Koordination mit dem AG, den zuständigen Mitarbeitern der vorweg vom AG genannten Organisationseinheiten und Dritten, um einen reibungslosen Projektfortschritt zu gewährleisten, d.h. Terminverzögerungen aufgrund mangelnder Koordination auszuschließen;
- Beschaffung von Unterlagen vor Ort, welche für die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrages notwendig sind;
- Werksprüfungen;
- Lieferung und Beistellung der Materialien und Hilfsmittel vor Ort;
- Bereitstellung eines verantwortlichen Ansprechpartners, von zwei Servicetechnikern und einem Mitarbeiter zur Durchführung der Schulung (welcher auch einer der zwei genannten Servicetechniker sein kann) für die ordnungsgemäße und termingerechte Durchführung des Vertrages;
- Personaldisposition und Bereitstellung der erforderlichen Montagehilfsmittel;
- Vorbereitungs- bzw. Ergänzungsarbeiten vor Ort im Zusammenhang mit der Lieferung und Montage;
- An- und Abmeldung bei einer zuständigen nominierten Ansprechperson des AG bei allen Vororteinsätzen;
- eigenverantwortliche Schutz- und Sicherungsmaßnahmen insbesondere nach den Unfallverhütungsvorschriften und den sonstigen behördlichen Vorschriften;
- das Reinigen des Erfüllungsortes während und am Ende der Tätigkeit, einschließlich Beseitigung aller Abfälle/Verunreinigungen;
- Information an den AG bzw. des von ihm Beauftragten, insbesondere über wesentliche Projektfortschritte, aufgetretene oder zu erwartende Probleme, Beendigung von Arbeiten, sowie Erteilung von Auskünften an den AG bzw. an die von ihr Beauftragten und/oder Vorlage von Unterlagen nach Anforderung in der gesetzten Frist;
- Unterstützung des AG im Rahmen der vom AG vorzunehmenden Prüfungen der erbrachten Leistungen. Der AG ist jederzeit berechtigt, Prüfungen der Arbeiten des AN vorzunehmen;

- Berücksichtigung und Einhaltung sämtlicher (Sicherheits-)Richtlinien der AG, die insbesondere Zugangsberechtigung, Datenschutz, Datensicherheit und Geheimhaltung betreffen;
- Aufwendungen der Mitarbeiter des AN und allfälliger Subauftragnehmer wie z.B. Fahrtkosten, Nächtigungskosten, Diäten und dgl.

2.12. Behinderung der Ausführung

58 Wenn trotz Einhaltung der Verpflichtungen zur Prüfung der Installationsvoraussetzungen der Beginn der Ausführung einer Leistung an dem Erfüllungsort verzögert wird, weil hierzu erforderliche Vorleistungen des AG noch nicht erbracht wurden oder wenn während der Ausführung aus Gründen, die der AG zu vertreten hat, Verzögerungen oder Unterbrechungen eintreten, sodass die Einhaltung der Leistungsfrist gefährdet erscheint, so hat jede Vertragspartei alles zumutbare anzubieten, um eine Überschreitung der Leistungsfrist zu vermeiden.

59 Bedingt eine von der AG zu vertretende Behinderung, dass die Leistungserbringung innerhalb der Leistungsfrist nicht mehr möglich ist, so hat der AN Anspruch auf Verlängerung der Leistungsfrist für die von der Behinderung betroffenen Leistungen am Erfüllungsort, wenn er den AG von der Behinderung verständigt hat und es nicht in seiner Macht liegt, die Behinderung abzuwenden oder zu verringern. Die Nachweispflicht hierfür liegt beim AN. Mehrkosten, die mit der verlängerten Leistungsfrist zusammenhängen und durch die Behinderung entstanden sind, können vom AN geltend gemacht werden, sofern diese rechtzeitig angemeldet und von der AG verschuldet wurden.

60 Die Mehrkosten sind auf den Preis- und Kalkulationsgrundlagen des Angebotes zu ermitteln.

61 Unterbrechung der Leistung

Der AG ist berechtigt, eine zeitweilige Unterbrechung der Leistungserfüllung anzuordnen. Wird von der AG eine zeitweilige Unterbrechung der Leistungserfüllung angeordnet, so verlängern sich vereinbarte Fristen entsprechend der angeordneten Unterbrechung. Sofern die von der AG angeordnete Unterbrechung der Leistungserfüllung sechs Monate überschreitet und kein Rücktritt der AG vom Vertrag erklärt wird, kann der AN im Einvernehmen mit der AG eine Teilschlussrechnung über die von ihm bis zur Einstellung der Leistungserfüllung nachweislich erbrachten Leistungen vorlegen.

2.13. Überwachung und Koordinierung der Leistung

62 Örtliche Aufsicht

63 Der AG kann sich einer örtlichen Aufsicht bedienen oder diese selbst wahrnehmen, die unter anderem die planmäßige Ausführung kontrolliert und die Einhaltung aller Qualitätsnormen überprüft, um das Projektziel auf die effizienteste, wirtschaftlichste und beste Art zu erreichen. Die beauftragten Leistungen sind vom AN in laufender Koordination und im Einvernehmen mit der örtlichen Aufsicht der AG zu erbringen. Den Dispositionen der örtlichen Aufsicht ist Folge zu leisten.

64 Die örtliche Aufsicht der AG begründet keine Mitverantwortung des AG oder dessen Vertreter für die Erfüllung der vom AN geschuldeten Leistungen.

65 Alle wichtigen Mitteilungen, Vereinbarungen und Erklärungen des AN müssen in schriftlicher Form an den AG erfolgen.

66 Die örtliche Aufsicht des AG, die dem AN nach Vertragsabschluss in personam schriftlich namhaft gemacht wird, hat das Recht, Anordnungen und Weisungen an den AN zu geben. Nimmt der AN von anderen Personen als der Aufsicht der AG Anweisungen an und führt er diese Arbeiten aus, so trägt er die daraus allenfalls entstehenden Konsequenzen. Änderungen des Auftrags obliegen ausschließlich dem AG und werden schriftlich unter Einhaltung des Procedere für Leistungsänderungen (Punkt 7.4) vorgenommen.

67 **Unfallverhütung**

Der AN verpflichtet sich, die gesetzlichen Unfallverhütungsvorschriften genauestens zu beachten und sorgfältig einzuhalten. Bei etwa eintretenden Unfällen ist der AG sofort zu verständigen und eine Unfallanzeige vorzulegen.

68 **Aufbau des Zweikanal-Kuvertiersystems**

Der Aufbau des Systems und dessen Komponenten erfolgt in Abstimmung mit dem AG oder der von diesem bestellten örtlichen Aufsicht. Der normale Arbeitsbetrieb des AG muss trotz Aufbau des neuen Systems aufrechterhalten werden. Sämtliche Einschränkungen des Betriebes sind vor Durchführung mit dem AG oder mit der von ihr beauftragten örtlichen Aufsicht nachweislich abzustimmen.

69 **Eingriff in bestehende Systeme**

Der Eingriff in bestehende Systeme des AG darf nur nach Absprache und mit Zustimmung des AG bzw. mit der örtlichen Aufsicht erfolgen. Bei Veränderungen an bestehenden Systemen hat der AN sicherzustellen, dass die bestehenden Funktionen durch die beabsichtigten Arbeiten nicht beeinträchtigt werden.

70 Schäden an Anlagen und Einrichtungen

Für Schäden an Anlagen und Einrichtungen des AG oder Dritter haftet der AN, sofern diese von ihm oder von ihm beauftragten Dritten verursacht wurden. Die Beweislast dafür, Schäden an von ihm bearbeiteten Anlagen und Einrichtungen nicht verursacht zu haben, trägt der AN.

3. LEISTUNGSFESTSTELLUNG UND ABNAHME

71 Im Folgenden wird die Leistungsfeststellung und das Abnahmeprozedere geregelt.

3.1. Funktionstest am Produktionsort

72 Es obliegt dem AN einen Funktionstest am Produktionsort vor Anlieferung des Zweikanal-Kuvertiersystems durchzuführen. Der AG erklärt sich bereit für einen solchen Funktionstest Testmaterial im Umfang vom 10.000 Blatt samt zugehörigen Kuverts zur Abholung bei dem AG kostenlos zur Verfügung zu stellen. Darüber hinausgehendes Testmaterial ist kostenpflichtig.

Der AN hat den AG vor Durchführung eines derartigen Funktionstests zu informieren. Der AG ist berechtigt, diesem Funktionstest beizuwohnen.

3.2. Performancetest

73 Der Auftragnehmer hat nach Lieferung, Aufstellung, Justierung, Montage und Installation des Zweikanal-Kuvertiersystems am Erfüllungsort einen Performancetest durchzuführen. Zu den detaillierten Anforderungen des Performancetests siehe Lastenheft (Teil B) Anhang 4.

3.3. Probetrieb

74 Nach Lieferung, Aufstellung, Justierung, Montage und Installation des Zweikanal-Kuvertiersystems am Erfüllungsort und einem erfolgreich abgeschlossenen Performancetest ist ein fünf Wochen andauernder Probetrieb, der als Produktionsbetrieb mit Echtdateien und eigenem Personal der AG zu verstehen ist, durchzuführen. Erst nach diesem Probetrieb kann das Zweikanal-Kuvertiersystem zur Abnahme bereitgestellt werden.

75 Sämtliche für eine reibungslose Abwicklung des Probetriebes erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen sind vom AN aufzuzeigen und so zeitgerecht mit dem AG abzustimmen, dass die vorbereitenden Maßnahmen den laufenden Betrieb nicht beeinträchtigen.

76 Im Zuge des Probetriebes wird die geforderte Gesamtfunktionalität des Zweikanal-Kuvertiersystems (insbesondere die K.O.-Kriterien gemäß Teil E) im Echtbetrieb getestet.

77 Fehlerbehebung und Verantwortlichkeiten während des Probetriebes:

78 Der AN muss organisatorische Maßnahmen ergreifen, um Störungen während des Probetriebes umgehend, maximal jedoch innerhalb der Wiederherstellungszeiten (siehe Punkt 6.10), zu beheben.

79 Treten während des Probetriebes Mängel auf, so wird der Probetrieb für den Zeitraum ab Auftreten des Mangels bis zu dessen vollständiger – von dem AG bestätigter – Behebung gehemmt, d.h., dass der Zeitraum ab Auftreten des Mangels bis zu dessen vollständiger und von dem AG bestätigten Behebung nicht in die vereinbarte Dauer des Probetriebes eingerechnet wird. Dies ist insbesondere für den Meilensteinplan und vor allem für die Dauer des Probetriebes relevant.

80 Bei Auftreten von schweren Mängeln (z.B. sicherheitsrelevante Mängel, Gefährdung des Bedienpersonals) hat der AG das Recht, den Probetrieb abubrechen. Nach der Behebung der Mängel wird der neuerliche Start des Probetriebes mit dem AG festgelegt und beginnt die Dauer des Probetriebs neu zu laufen.

81 Bei Auftreten von Mängeln während des Probetriebes liegt der Nachweis für die Ursache des Mangels beim AN. Der AG wird nach Möglichkeit alle dafür notwendigen Informationen bereitstellen.

82 Der AN haftet im Zusammenhang mit dem Probetrieb für sämtliche wie auch immer geartete Schäden. Für den Fall, dass für Schäden, die im Zusammenhang mit dem Probetrieb Dritten entstanden sind, eine unmittelbare Inanspruchnahme des AG erfolgt, hat der AN den AG diesbezüglich schad- und klaglos zu halten, in einem allfälligen Verfahren an seine Stelle in den Rechtsstreit einzutreten respektive die Prozesskosten samt anwaltlicher Vertretung für den AG zu übernehmen.

83 **Erfolgreicher Abschluss des Probetriebes**

Der Probetrieb gilt dann als erfolgreich abgeschlossen, wenn das Zweikanal-Kuvertiersystem während der gesamten Dauer des Probetriebes (unter Berücksichtigung der vorstehenden Regelungen die Hemmung und Unterbrechung betreffend) ohne Fehler sämtliche Funktionsanforderungen des Lastenheftes und Kriterienkataloges erfüllt. Der AN wird über den Probetrieb ein Protokoll erstellen. Der erfolgreiche Abschluss des Probetriebes wird von dem AG im Protokoll über den Probetrieb schriftlich bestätigt.

3.4. Abnahme des Zweikanal-Kuvertiersystems

84 Nach erfolgreichem Abschluss des Probetriebes und nach erfolgter Schulung der Mitarbeiter des AG wird von dem AG ein Abnahmetermin festgelegt.

- 85 Im Rahmen der Abnahme werden folgende Prüfungen durchgeführt:
- Durchführung von zwei originalen Produktionsjobs des AG durch die Mitarbeiter des AG.
 - Die Umkonfiguration des Zweikanal-Kuvertiersystems zwischen den beiden originalen Produktionsjobs des AG durch Mitarbeiter des AG ohne Unterstützung durch Techniker des AN.
 - Überprüfung der technischen Dokumentationen und des Benutzerhandbuches auf Qualität und Vollständigkeit.
- 86 Nach erfolgreichem Abschluss dieser Abnahmeprüfungen wird durch den AG ein Abnahmeprotokoll zur Übernahme des Zweikanal-Kuvertiersystems erstellt und das Zweikanal-Kuvertiersystem gilt als ordnungsgemäß abgenommen.
- 87 Nach Fertigstellung der Lieferung, Aufstellung, Justierung, der Installation und erfolgreicher Absolvierung des Probetriebes sowie des Abnahmetests hat der AN einen Anspruch auf Abnahme des Zweikanal-Kuvertiersystems.
- 88 Unterbleibt die Abnahme wegen festgestellter Mängel der Leistung, so trägt der AN unbeschadet vereinbarter Vertragsstrafen die daraus entstehenden Kosten, insbesondere der damit zusammenhängenden Kosten der örtlichen Aufsicht.
- 89 Die Gewährleistungs- und Garantiefrist beginnt mit der Abnahme zu laufen.
- 90 Verbindlich für die Erfüllung der vertragsgegenständlichen Leistungen im Zusammenhang mit der Lieferung, Aufstellung, Justierung und Installation des Zweikanal-Kuvertiersystems ist für den AG ausschließlich die Abnahme.
- 91 Erst zum Zeitpunkt der Abnahme hat der AN die aus diesem Vertrag geschuldeten Leistungen vollständig erfüllt; davon ausgenommen sind die Wartungsleistungen sowie die optional zu beauftragenden Leistungen.

4. SCHULUNG

- 92 Der AN hat die Mitarbeiter des AG begleitend zu den vom AN sonst zu erbringenden Leistungen zu schulen und dem AG das Know-how zu übertragen, um dem AG den selbständigen Betrieb des Zweikanal-Kuvertiersystems zu ermöglichen. Die (betriebs-)verantwortlichen Mitarbeiter des AG müssen in die Lage versetzt werden, das neue Zweikanal-Kuvertiersystem auch ohne Unterstützung durch den AN bzw. externe Know-how-Geber sicher zu betreiben.
- 93 Der AN hat für die Schulung fachkundiges Personal zu stellen (siehe Teil A, Punkt 26.4.2.). Die

Schulung erfolgt jeweils vor Ort am Standort des AG. Kosten für An- und Abreise, Übernachtung etc. werden nicht gesondert vergütet. Die Schulungstermine müssen mit dem AG abgestimmt werden. Insgesamt hat der AN zwei (2) Mitarbeiter des AG zu schulen.

94 Der AN ist für die Erstellung eines bedarfsorientierten Schulungsplans verantwortlich, der die Schulung der zwei (2) Mitarbeiter, welche bisher ausschließlich mit BÖWE-Kuvertieranlagen gearbeitet haben, vorsieht. Praxisorientierte Schulungsunterlagen in deutscher Sprache sind beizustellen.

95 Der Leistungsgegenstand betreffend die Schulungsleistungen ist im Teil B, Lastenheft, Punkt 2.6, ausführlich beschrieben.

5. OPTIONALER STUNDENPOOL FÜR ZUSÄTZLICHE UNTERSTÜTZUNGSLEISTUNGEN SOWIE OPTIONALER STUNDENPOOL FÜR RUFBEREITSCHAFTEN

5.1. Optionaler Stundenpool für zusätzliche Unterstützungsdienstleistungen

96 Für zusätzlich benötigte Unterstützungsleistungen im Zeitraum Montag bis Freitag von 06:00 Uhr bis 22:00 Uhr sowie Samstag von 06:00 Uhr bis 18:00 Uhr, mit Ausnahme gesetzlicher Feiertage, kann der AG auf ein Stundenpool für zusätzliche Unterstützungsdienstleistungen zurückgreifen. Aus diesem Stundenpool können die Stunden von der AG flexibel abgerufen werden (siehe dazu Punkt 8.1).

97 Der Leistungsgegenstand betreffend die zusätzlichen Unterstützungsdienstleistungen ist in Teil B, Lastenheft, Punkt 2.8 beschrieben.

5.2. Optionaler Stundenpool für Rufbereitschaften

98 Für benötigte Rufbereitschaften außerhalb der Regelwartungszeit, das heißt Montag bis Freitag von 16:30 Uhr bis 07:30 Uhr sowie Samstag und Sonntag von 00:00 Uhr bis 24:00 Uhr kann der AG auf ein Stundenpool für Rufbereitschaften zurückgreifen. Aus diesem Stundenpool können die Stunden von der AG flexibel abgerufen werden (siehe dazu Punkt 8.1).

99 Der Leistungsgegenstand betreffend die Rufbereitschaften ist in Teil B, Lastenheft, Punkt 2.9 beschrieben.

6. WARTUNG UND VERFÜGBARKEIT

6.1. Allgemeines

100 Der AN ist verpflichtet, hinsichtlich des von ihm angebotenen Zweikanal-Kuvertiersystems, Wartungsleistungen nach erfolgter Abnahme (siehe Punkt 3.4) zu erbringen. Die in der Zeit des

Probetriebes vorzunehmenden Wartungsleistungen bleiben hiervon unberührt und sind ohne gesondertes Entgelt zu erbringen (siehe Punkt 3.3).

101 Die Wartung dient der Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft des Zweikanal-Kuvertiersystems (gemäß Funktionalitätsverpflichtung). Ziel der Wartungsvereinbarung ist die Sicherstellung der Verfügbarkeit sowie der Substanz- und Werterhalt des Zweikanal-Kuvertiersystems wie im gegenständlichen Vertrag beschrieben.

102 Der AN wird mit der Wartung des Zweikanal-Kuvertiersystems - die die Instandhaltung und Instandsetzung des Zweikanal-Kuvertiersystems inkludiert - für die Dauer von fünf Jahren beauftragt. Die Verrechnung der jährlichen Wartungspauschale erfolgt aliquot (in vier Teilen) jeweils quartalsweise im Vorhinein (gerechnet ab Beginn der Wartung, also nach Abnahme); hinsichtlich der Rechnungslegung siehe Punkt 8.13. Die optionale Beauftragung des AN mit der Wartung für jeweils ein weiteres Kalenderjahr betreffend die Wartungsjahre sechs bis zehn erfolgt durch den AG schriftlich bis spätestens ein Monat vor dem Ablauf des beauftragten Wartungszeitraumes durch einseitige rechtsgestaltende Erklärung des AG. Für die Einhaltung der Frist ist das Datum des Poststempels bzw. der Faxbestätigung maßgeblich. Diese optionale Wartungsverlängerung gilt jeweils für ein Wartungsjahr und verlängert sich nicht automatisch. Die optionale Wartungsverlängerung kann bis zu fünf Mal erfolgen.

103 Im Fall der Nichtverlängerung der Wartung (sowie Nichtziehung von anderweitigen Optionen) stehen dem AN keine Ansprüche aus welchem Titel auch immer zu, insbesondere nicht auf Verlängerung der Wartung oder Schadenersatz.

104 Während der Dauer des Probetriebes sind die Wartungsleistungen auf der Grundlage der nachstehenden Bestimmungen ohne gesonderte Vergütung des AN zu erbringen. Die Nichterfüllung der in Teil B, Lastenheft und Teil C, Kriterienkatalog, bestimmten Funktionalitäten und Verfügbarkeiten begründet jedenfalls einen Mangel der den AG gegebenenfalls auch zur Vertragsauflösung berechtigt (Punkt 8.3).

105 Insbesondere die erforderliche An- und Abfahrt des Personals, Fahrzeugkosten, Ersatz- und Verschleissteile, Komponenten sowie sonstiges Material und das Entsorgen der ersetzten Alteile und –materialien (exkl. Datenträger jeglicher Art) sind vom AN in die Wartungskosten einzurechnen und unterliegen keiner gesonderten Vergütung durch den AG.

6.2. Wartungsleistungen im Detail

106 Gegenstand der Wartung ist die Instandsetzung und Instandhaltung des gegenständlichen Zweikanal-Kuvertiersystems.

- 107 Die Wartung hat den technisch störungsfreien Betrieb des Zweikanal-Kuvertiersystems durch entsprechende Kontrolle, Pflege und allfällige Erneuerung aller im Rahmen des Projektes vom AN gelieferten Komponenten sicherzustellen (= Instandhaltung).
- 108 Allfällige Verschleißteile (z.B. Ventilatoren, Antriebsriemen, Kugellager, etc) müssen rechtzeitig und vorbeugend erneuert werden, sodass die geforderte Verfügbarkeit eingehalten wird.
- 109 Der AN ist zur Beseitigung von Störungen und Schäden der Komponenten und Systeme - ehestmöglich jedoch jedenfalls innerhalb der garantierten Wiederherstellungszeit (wie weiter unten beschrieben) - des zu liefernden Zweikanal-Kuvertiersystems verpflichtet.
- 110 Der AN wird einen Arbeitsbericht und einen Störungsbericht führen (siehe dazu Punkt 6.13).
- 111 Für einen Zeitraum von zehn Jahren nach Erklärung der Abnahme sichert der AN eine angemessene und zeitgerechte Versorgung mit Ersatzteilen zur Wartung des Zweikanal-Kuvertiersystems zu.
- 112 Der AN hat entsprechendes Ersatzmaterial in ausreichender Menge bereit zu halten. Sämtliche Komponenten sind nach Abnahme in einem solchen Ausmaß vorrätig zu halten, dass die erforderlichen Verfügbarkeitsanforderungen eingehalten werden können. Es besteht die Möglichkeit, dass die (im Eigentum des AN befindlichen Komponenten) bei der AG gelagert werden. Ersatz- und Verschleißteile sowie Komponenten mit einem Jahresumsatz von mehr als sechs Stück im Jahr haben jedenfalls vor Ort vorrätig zu sein. Im ersten Vertragsjahr ist der Jahresumsatz aus Erfahrungswerten des Bieters zu ermitteln, in den Folgejahren aufgrund des Vorjahresbedarfes des AG.
- 113 Die Wartung hat grundsätzlich vor Ort zu erfolgen.
- 114 Die Wartung bzw. das Wartungsentgelt umfasst insbesondere:
- Die regelmäßige Überprüfung aller gerätewesentlichen Funktionen und aller Komponenten und das Durchführen eventuell erforderlicher Reparaturen; Überprüfung der Gesamtfunktion einzelner Systemkomponenten.
 - Zurverfügunghaltung der erforderlichen Ersatz- und Austauschteile.
 - Ersatzteile, Verschleißteile, Materialien
 - Ohne äußere Gewalteinwirkung aufgetretene Störungen und Schäden sind zu beseitigen, und zwar gemäß den Zeitvorgaben in den Punkten 6.6 bis 6.12. Das Liefern, Vorhalten und Auswechseln der benötigten Ersatz- und Verschleißteile, Komponenten sowie sonstiger Materialien, An- und Abfahrt des Personals, Arbeitszeiten, Bereitschaftsdienste,

Fahrzeugkosten, Entsorgen der ersetzten Altteile und -materialien sowie Liefern bzw. Bereitstellen aller benötigten Hilfsmittel und Hilfsstoffe ist von der Leistung mitumfasst.

- Durch äußere Einflüsse bei dem AG aufgetretene Störungen und Schäden sind ebenfalls unter Einhaltung der im Punkt 6.3 dieses Abschnitts beschriebene Abwicklung zu beseitigen. (Hinsichtlich der Kostentragung im Falle von beim AG aufgetretenen Störungen und Schäden siehe auch Rz 117).
- Die Beseitigung von Störungen und Schäden, die den ordnungsgemäßen Betrieb verhindern, sind unabhängig davon zu beseitigen, wer oder was diese verursacht hat.
- Wartung der technischen Dokumentation.

115 Der AN garantiert insbesondere,

- dass jederzeit mindestens ein Servicetechniker mit der geforderten Qualifikation (siehe Teil A) für Auskünfte und Fehlerbehebungen verfügbar ist;
- das Zweikanal-Kuvertiersystem so zu warten, dass die spezifizierte Funktionalität gewährleistet bleibt;
- die Wiederherstellung des Sollzustandes und Behebung von Störungen und Schäden an allen Teilen des Zweikanal-Kuvertiersystems.
- dass die vom AN im Rahmen der Wartung (insbesondere auch der Hotline) eingesetzten Mitarbeiter der deutschen Sprache wie als Muttersprache in Wort und Schrift mächtig sind. Diese Kenntnisse sind dem AG auf Nachfrage in geeigneter Form nachzuweisen.
- Dass alle Wartungsleistungen so ausgeführt werden, dass die Betriebsbereitschaft des Zweikanal-Kuvertiersystems erhalten bleibt.

Erkennt oder vermutet der AN Mängel oder Schäden, die die Betriebsbereitschaft des Zweikanal-Kuvertiersystems gefährden könnten, hat er sofort den AG zu benachrichtigen und erforderlichenfalls Maßnahmen an dem Zweikanal-Kuvertiersystems zu veranlassen. Er hat fernmündliche oder mündliche Mitteilungen schriftlich zu bestätigen.

116 Bei durch äußere Einflüsse beim AG aufgetretene Störungen und/oder Schäden hat der AN dem AG bei der Erstanalyse über den Umfang der Störung, dessen Ursache und die voraussichtlich notwendigen Leistungen zu unterrichten. Das genaue Vorgehen ist von AN und AG gemeinsam festzulegen. Gegebenenfalls ist das Zweikanal-Kuvertiersystem, sofern es technisch möglich ist, zunächst provisorisch so herzustellen, dass es wieder in Betrieb

genommen werden kann und die Betriebssicherheit gewährleistet ist. Für die Durchführung der Behebung der Störungen ist eine gesonderte Zustimmung des AG erforderlich.

117 Die Beseitigung von durch äußere Einflüsse beim AG aufgetretene Störungen und Schäden wird gesondert vergütet, wenn ein entsprechender Nachweis durch den AN geführt und die Beseitigung der Störung vom AG beauftragt wurde. Gestörte Systemkomponenten sind dem AG zur weiteren Überprüfung unaufgefordert auszuhändigen bzw. bei Großkomponenten sind die Störungen an der jeweiligen Örtlichkeit zu erläutern.

6.3. Ablauf der Instandsetzung bei Störungen

118 Der AG meldet an eine vom AN zu benennende Stelle die Störungen und Schäden des Zweikanalkuvertiersystems.

119 Der AN leitet die Störungsbeseitigung ein. Die in Punkt 6.10 definierte Wiederherstellungszeit ist einzuhalten. Gleiches gilt, wenn die zuständigen Mitarbeiter des AN unmittelbar von Störungen und Schäden erfahren.

120 Der AN hat dem AG notwendig werdende Betriebseinschränkungen zu melden bzw. mit ihr abzustimmen und die Störungsbehebungen mit dem AG zu koordinieren.

6.4. Wartungszeitraum

121 Die Regelwartungszeit der 5 x 8 Wartung ist an Werktagen von Montag bis Freitag von 07:30 Uhr bis 16:30 Uhr.

6.5. Betrieb einer Störungsannahmestelle (Hotline)

122 Der AN muss über eine in der Regelwartungszeit besetzte Störungsannahmestelle verfügen, bei der der AG Störungen, Schäden und Probleme der Komponenten per Fax, E-Mail oder Telefon melden kann. Der Ruf muss zu einer unter Standard-Telefontarifen (d.h. keine Mehrwert Rufnummer) erreichbaren Inlandsrufnummer des AN erfolgen können.

123 Die Störungsannahmestelle des AN muss umgehend per Fax, per E-Mail und per Telefon (Abheben oder Rückruf nach spätestens 30 Minuten) erreichbar sein. Der AN hat Sorge zu tragen, dass die Störungsannahmestelle von fachkundigem Personal besetzt ist und alle für die umgehende und vertragsgemäße Störungsbehebung nötigen Schritte eingeleitet und diese mit dem AG koordiniert werden.

6.6. Beginnzeitpunkt der Störungsbehebung (T0)

124 Als Beginn der Störungsbehebung gilt der Zeitpunkt der Absetzung der Störungsmeldung

(= Meldezeitpunkt) durch den AG. Ab diesem Zeitpunkt (=T0) gilt das Zweikanal-Kuvertiersystem als „nicht verfügbar“.

6.7. Erstkontakt Störungsmeldung (T0 bis T1)

125 Der AN hat die Störungsmeldung spätestens 30 Minuten nach dem ersten Kontaktversuch durch den AG entgegenzunehmen (z.B. Rückruf nach telefonischer Nichterreichbarkeit des AN).

6.8. Information über Disposition (T1 bis T2)

Spätestens 90 min nach Absetzung der Störungsmeldung (T0) hat sich ein mit der Störungsbehebung beauftragter Servicetechniker des AN mit dem(r) Mitarbeiter/Mitarbeiterin des AG, der die Störung gemeldet hat, in Verbindung zu setzen und die zu setzenden Maßnahmen mit dem(r) Mitarbeiter/Mitarbeiterin des AG zu koordinieren (T2 Kontaktaufnahme).

6.9. Reaktionszeit (T2bis T3)

126 Die Reaktionszeit ist der Zeitraum von der Kontaktaufnahme durch den AN mit dem AG (T2) bis zum Zeitpunkt des Eintreffens eines Technikers des AN vor Ort bei dem gestörten Zweikanal-Kuvertiersystem zur umgehenden Aufnahme der Reparaturarbeiten (T3).

127 Die Reaktionszeit (T2 bis T3) darf vier Stunden ab Absetzung der Störungsmeldung (T0) nicht übersteigen.

6.10. Wiederherstellungszeit (T0 bis T4)

128 Die Wiederherstellungszeit ist der Zeitraum von Absetzung der Störungsmeldung (T0) bis zur ordnungsgemäßen und mängelfreien Wiederinbetriebnahme des Zweikanal-Kuvertiersystems.

129 Der AN verpflichtet sich, eine Wiederherstellungszeit von längstens 8 Stunden (innerhalb der Regelwartungszeit) einzuhalten, wobei die Wiederherstellungszeit mit dem Zeitpunkt der Absetzung der Störungsmeldung zu laufen beginnt. Siehe dazu Beispiel 1.

130 Beispiel 1: Der AG setzt die Störungsmeldung am Montag um 12:30 Uhr ab. Die Wiederherstellungsfrist endet damit am Dienstag um 11:30 Uhr. Die 8 stündige Wiederherstellungszeit errechnet sich aus 4 Stunden am Montag (von 12:30 Uhr – 16:30 Uhr) und 4 Stunden am Dienstag (von 07:30 Uhr bis 11:30 Uhr).

131 Das Zweikanal-Kuvertiersystem gilt erst dann als wieder hergestellt, wenn innerhalb eines 120 minütigen Produktivbetriebs die „behobene“ Störung nicht mehr auftritt. Tritt dieselbe Störung innerhalb dieser 120 Minuten bei einer gleichartigen Verarbeitung wie jene die den

Störfall ausgelöst hat wieder auf, gilt das Zweikanal-Kuvertiersystem nicht als wiederhergestellt und läuft die ursprüngliche Wiederherstellungszeit weiter (siehe Beispiele 2 und 3).

132 Beispiel 2: Der AG setzt die Störungsmeldung am Montag um 08:00 Uhr ab. Der AN hat die Störung um 14:00 Uhr, das heißt binnen 6 Stunden behoben. Zwischen 14:00 Uhr und 15:00 Uhr ist das Zweikanal-Kuvertiersystem wieder in Produktivbetrieb und es tritt die um 14:00 Uhr behobene Störung nicht wieder auf. Die Störung gilt daher mit 14:00 Uhr als behoben.

133 Beispiel 3: Der AG setzt die Störungsmeldung am Montag um 07:30 ab. Der AN hat die Störung um 12:30, das heißt binnen fünf Stunden, behoben. Zwischen 12:30 Uhr und 13:30 Uhr ist das Zweikanal-Kuvertiersystem wieder in Produktivbetrieb. Um 13:00 Uhr tritt jedoch die gleiche Störung wieder auf. Das bedeutet, dass sich ab 13:00 Uhr die 8 stündige Wiederherstellungszeit fortsetzt, von welcher schon 5 Stunden verbraucht sind. Der AN muss die Störung daher innerhalb von 3 Stunden (also spätestens um 15:00) endgültig behoben haben (das heißt, dass in einem weiteren 120 minütigen Produktivbetrieb die gleiche Störung mit einer gleichartigen Verarbeitung wie jene die den Störfall ausgelöst hat, nicht mehr auftreten darf), um die maximale Wiederherstellungszeit von 8 Stunden einzuhalten.

Sollte aufgrund eines fehlenden Ersatzteiles die vollständige Wiederherstellung innerhalb von 8 Stunden nicht möglich sein, weil das betreffende Ersatzteil aus einer Örtlichkeit weiter als 50 km entfernt von der Stadtgrenze Wien geordert werden muss, so ist eine provisorische Lösung, die zum Erhalt der vom AG nach seinen Angaben erforderlichen Funktionsfähigkeit des Systems führt während einer Dauer von 60 Stunden ab Beginnzeitpunkt der Störungsbehebung (T0) zulässig. Im Falle einer solchen provisorischen Lösung muss 60 Stunden ab Beginnzeitpunkt der Störungsbehebung (T0) die ordnungsgemäße und mängelfreie Wiederinbetriebnahme des Zweikanal-Kuvertiersystems erfolgen. Die Berechnung dieser 60 Stunden erfolgt ungeachtet des Wartungszeitraumes Punkt 6.4.

Bei einer Überschreitung der Wiederherstellungszeit sind allenfalls anfallende **Kosten für das Servicepersonal** die ohne Überschreitung der Wiederherstellungszeit vom AG zu tragen wären (z.B. bei Rufbereitschaften oder bei durch äußere Einflüsse bei dem AG aufgetretene Störungen und Schäden), **vom AN zu tragen** und können nicht dem AG in Rechnung gestellt werden. Außerdem kommen diesfalls Vertragsstrafen gemäß Punkt 7.1 zur Anwendung.

6.11. Zeitdiagramm für Störungsbehebungen

134 T0 = Absetzung der Störungsmeldung durch AG → T1 = Rückmeldung (Kontaktaufnahme) des

Servicetechnikers des AN → T2 = Eintreffen eines Servicetechnikers vor Ort → T3 = Wiederherstellung → T4 = Beobachtungszeitraum

T0 bis T1 = Erstkontakt, max 30 min

T1 bis T2 = Information über Disposition max 90 min

T2 bis T3 = Reaktionszeit, vier Stunden

T0 bis T4 = Wiederherstellungszeit, max 8 Stunden innerhalb Regelwartungszeit

T5 = Beobachtungszeitraum von 120 Minuten mit einer gleichwertigen Verarbeitung wie jene die den Störfall ausgelöst hat. Dient der Überprüfung, ob die Wiederherstellung tatsächlich erfolgt ist.

6.12. Unterbrechung der Störungsbehebung

135 Für den Fall, dass eine begonnene Störungsbehebung durch eine nachweislich von dem AG angeordnete Unterbrechung nicht fortgesetzt werden kann, verlängern sich die vereinbarten Fristen entsprechend. Der AN hat zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Störungsbehebung fortzusetzen. Im Wartungsbericht sind diese Zeiten schriftlich festzuhalten. Die aus dieser Unterbrechung resultierenden Kosten werden dem AN nach der entsprechenden Position (Preisblatt Teil C, Position 1.4) vergütet.

6.13. Berichte

136 Arbeitsbericht

Der AN hat einen Arbeitsbericht zu führen, der alle Wartungshandlungen pro Kalendertag mit Datum, ausgefallener bzw. gewarteter Komponenten, Dauer des Ausfalls, Fehlermeldungen, Ursache der Störung, Art der Behebung und Name des Wartungstechnikers beinhaltet.

Der Arbeitsbericht hat insbesondere nachfolgend genannte Informationen zu beinhalten, die von dem AG durch Gegenzeichnung anerkannt werden:

- Art der Störung bzw. des Schadens,
- Störungspriorität,
- Zeit und Datum des Auftretens der Störung,
- Zeit und Datum der Meldung der Störung,
- Zeit und Datum der Reaktion des AN,

- Zeit und Datum des Eintreffens des AN am Ort der Störung,
- Zeit, Ort und Datum des Auf- und Abbaus der Absicherungsmaßnahmen,
- Zeit und Datum der Beendigung der Störung,
- Störungsursache und gegebenenfalls Verursacher,
- Begründung der Ursache der Störung,
- zur Störungsbeseitigung durchgeführte Tätigkeiten,
- besondere Vorkommnisse,
- Die im Zuge der Störungsmeldung vom AG intern erstellte Ticket-Nummer (fallweise auch als Störungsnummer bezeichnet), die dem AN bei der Meldung durch den AG bekannt gegeben wird.

137 Eine Kopie des gegengezeichneten Arbeitsberichtes wird dem AG unverzüglich nach jedem Kalendertag, an dem Wartungshandlungen durchgeführt wurde, übergeben.

138 **Störungsbericht**

Auf Basis der Arbeitsberichte wird der AN bis zum 10. eines jeden Monats dem AG einen gesammelten Störungsbericht über alle im vorangegangenen Monat angefallenen Störungen und Wartungshandlungen elektronisch übermitteln.

6.14. Beeinträchtigung des Betriebs

139 Wartungsarbeiten sind während des laufenden Betriebes durchzuführen. Beeinträchtigungen des laufenden Betriebes dürfen nur in dem für die Arbeiten absolut notwendigen Umfang erfolgen und nur nach nachweislicher Abstimmung mit dem AG.

140 Das Einvernehmen mit dem AG ist generell und insbesondere bei Beeinträchtigungen des laufenden Betriebes rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten herzustellen (bei geplanten Wartungseinsätzen mindestens (2) zwei Wochen vorher). Zur Abwendung von unmittelbaren Gefahren braucht die Genehmigung nicht eigens eingeholt werden, jedoch muss der AG umgehend benachrichtigt werden.

6.15. Fachpersonal

141 Der AN führt die Leistungen mit einem Servicetechniker mit den festgelegten Qualifikationen (siehe Teil A) durch, der mit dem Zweikanal-Kuvertiersystem vertraut ist.

142 Das Fachpersonal ist mit einem Mobiltelefon auszustatten, sodass eine permanente

Erreichbarkeit am Einsatzort gewährleistet ist.

- 143 Das Fachpersonal ist grundsätzlich einmal jährlich in den Sicherheitsvorschriften zu unterweisen und dem AG namentlich bekannt zu geben. Ein entsprechender Nachweis der Unterweisung ist mittels Unterschrift zu führen.

6.16. Informationspflicht

- 144 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber unverzüglich über Tatsachen oder Umstände zu informieren, welche die Erbringung der Wartungsleistungen in Frage stellen.

6.17. Kündigung

- 145 Der Auftraggeber ist berechtigt, hinsichtlich der Teilleistung „Wartung“ das jeweilige Vertragsverhältnis ohne Angabe von Gründen unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist jeweils zum Ende eines Vertragsjahres schriftlich aufzukündigen. Ausgenommen hiervon sind die ersten zwei Jahre des Wartungsvertrages während deren Laufzeit der AG auf eine Kündigung verzichtet.

7. VERTRAGSSTRAFEN, CHANGE REQUEST UND LEISTUNGSABNAHME

7.1. Vertragsstrafen

148. Falls der AN die in den vorgenannten Punkten vorgegebenen Zeiten aus welchem Grunde auch immer nicht einhält und er nicht nachweisen kann, dass er den Verzug nicht zu vertreten hat, wird eine vom Nachweis eines Schadens unabhängige Vertragsstrafe fällig.
149. Der AN hat die Bezahlung der Vertragsstrafe oder einer darüber hinausgehenden Forderung des AG binnen 14 Tage nach Aufforderung zu leisten.
150. Weitergehende Rechte des AG bleiben durch die Geltendmachung dieser Vertragsstrafen unberührt. Der AG behält sich insbesondere die Geltendmachung von die Vertragsstrafe übersteigenden Schadenersatzansprüchen vor. Dazu zählt insbesondere auch die Geltendmachung jener Schäden, die dem AG dadurch entstehen, dass sie infolge von Nichterfüllung von Funktionalitäten durch den AN für Pönalzahlungen und sonstige Schadenersatzansprüche durch ihre Kunden in Anspruch genommen wird.

Überschreitung der Wiederherstellungszeit

151. Der AN hat die vorgegebene Wiederherstellungszeit gemäß Punkt 6.10 einzuhalten. Bei Überschreitung der Wiederherstellungszeit gemäß Punkt 6.10 beträgt die Vertragsstrafe Euro 100,-- pro angefangener Stunde und **Euro 500,--** ab der 5. angefangenen Stunde und pro zusammenhängendem Störfall. Die Vertragsstrafe ist mit der jährlichen Wartungssumme gedeckelt.
152. Werden die angeführten Wiederherstellungszeiten durch den AN überschritten so geht der Mehraufwand zu Lasten selbigen, die Dienstleistungskosten für den Mehraufwand können dem AG nicht in Rechnung gestellt werden

Sonstige Vertragsverletzungen des AN im Zusammenhang mit der Wartung

153. Bei nachstehenden Vertragsverletzungen des AN wird eine Vertragsstrafe in der Höhe von **Euro 200,--** je Einzelereignis, unbeschadet anderer Vertragsstrafenregelungen, fällig, sofern eine diesbezügliche Abmahnung des AG erfolgt ist und daher ein Wiederholungsfall vorliegt:
- Nichterreichbarkeit der Störungsannahmestelle gemäß Punkt 6.5
 - Nichteinhalten der Zeiten für die erste Kontaktaufnahme gemäß Punkt 6.7
 - Nichteinhalten der Reaktionszeiten gemäß Punkt 6.9

Überschreitung der angebotenen Energieaufnahme

154. Darüber hinaus garantiert der AN, dass die im Teil E, Kriterien-/ Fragenkatalog, angegebenen Werte für die Energieaufnahme des angebotenen und installierten Zweikanal-Kuvertiersystems in kVA eingehalten werden. Werden die vereinbarten Werte nicht eingehalten so wird eine einmalige Vertragsstrafe in Höhe von **Euro 5.000,--** fällig und der AG ist zusätzlich zur Entgeltminderung (§922ff ABGB) in angemessener Höhe und außerordentlichen Kündigung gemäß Punkt 8.3 berechtigt.
155. Für den Fall, dass aus ein und derselben Ursache resultierend mehrere Vertragsstrafen nebeneinander ausgelöst werden (z.B. Nichteinhaltung der Verfügbarkeit und Verletzung der Störungsannahme) laufen diese bis zu der jeweils vorgesehenen maximalen Höhe der jeweiligen Vertragsstrafe (Deckelung) gleichzeitig und werden daher kumuliert.
156. Die Summe der jährlich anfallenden Vertragsstrafen im Zusammenhang mit der Wartung wird pro Jahr mit der Höhe des jährlichen Wartungsentgeltes gedeckelt.
157. Weitergehende Rechte des AG bleiben durch die Geltendmachung dieser Vertragsstrafen unberührt. Der AG ist insbesondere die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen, die die Vertragsstrafe übersteigen, vorbehalten. Dazu zählt insbesondere auch die Geltendmachung jener Schäden, die dem AG dadurch entstehen, dass er infolge von nicht ordnungsgemäßer Erfüllung der Wartungsleistungen (Funktionalitäten und Verfügbarkeiten) durch den AN für Vertragsstrafenzahlungen und sonstige Schadenersatzansprüche durch seine Kunden in Anspruch genommen wird.

7.2. Beeinträchtigung des Betriebes durch Wartungsarbeiten

158. Beeinträchtigungen des laufenden Betriebes durch Wartungsarbeiten dürfen nur in dem für die Arbeiten absolut notwendigen Umfang erfolgen und nur nach nachweislicher Abstimmung mit dem AG.
159. Das Einvernehmen mit dem AG ist generell und insbesondere bei Beeinträchtigungen des laufenden Betriebes rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten herzustellen (bei geplanten Wartungseinsätzen mindestens 2 Wochen vorher).

7.3. Abnahme der Leistungen

160. Eine Wartung gilt dann als erfolgreich abgenommen, wenn entweder die Funktionsübernahme

des Zweikanal-Kuvertiersystems bestätigt (auf den Funktionstest wird verzichtet) oder ein durchgeführter Funktionstest positiv abgeschlossen werden kann und die erforderlichen Dokumentationen (siehe Punkt 6.13) dem AG übergeben worden sind. Funktionstests werden bei jedem Technologiewechsel (siehe Punkt 7.4) durchgeführt sowie in anderen Fällen nach freiem Ermessen des AG.

161. Die Ergebnisse eines eventuell durchgeführten Funktionstests werden seitens des AG in einem Abnahmeprotokoll schriftlich festgehalten. Ist eine Abnahme mangels ordnungsgemäßer Leistungserfüllung nicht möglich, so hat der Auftragnehmer unverzüglich mit der Verbesserung zu beginnen und diese innerhalb von maximal 7 Werktagen durchzuführen. Diese Frist ist gemäß Punkt 7.1 pönalisiert. Nach Beseitigung eines Mangels wird der Funktionstest neuerlich durchgeführt.
162. Die Nutzung der Leistung bzw. die Inbetriebnahme des Zweikanal-Kuvertiersystems durch den AG gilt nicht als Abnahme.

7.4. Leistungsänderungen (Change Requests)

163. Der AG ist berechtigt, Art und Umfang der vereinbarten Leistungen oder die Umstände der Leistungserbringung zu ändern und/oder zusätzliche Leistungen zu verlangen, sofern solche Änderungen und/oder zusätzlichen Leistungen dem Auftragnehmer zumutbar sind. Solche Leistungsänderungen sind jedenfalls dann zumutbar, wenn sie zur Erreichung des Zieles der dem Abschluss dieses Vertrages vorhergehenden Ausschreibung (siehe Punkt 1.4 des Lastenheftes Teil B) erforderlich oder zweckmäßig sind. Hält der AN Änderungen der Leistungen bzw. der Umstände der Leistungserbringung und/oder zusätzliche Leistungen für erforderlich bzw. zweckmäßig, hat er dies dem AG ehestens nachweislich bekannt zu geben. Solche Leistungsänderungen gelten stets als nicht wesentlich im Sinn des Art 72 Abs 1 lit e) der Richtlinie 2014/24/EU und dürfen daher vergaberechtlich zulässig vereinbart werden.
164. Entfallene Leistungen werden grundsätzlich nicht abgegolten. Eine anteilige Abgeltung entfallener Leistungen findet nur dann statt, wenn der AN nach Aufforderung durch den AG Vorleistungen für den betreffenden Leistungsteil erbracht hat und er infolge des Entfalls einen verlorenen Aufwand nachweisen kann.
165. Im Falle eines vom AG angeordneten **Leistungsentfalls** sind dem AN dadurch entstehende Kostenvorteile immer an den AG weiterzugeben. Als Grundlage bei der Berechnung einer „negativen Leistungsänderung“ gilt die dem Entgelt zu Grunde liegenden Preiskalkulation des

AN (Preisblatt bzw. Kalkulationsnachweise).

166. Hält ein Partner des Leistungsvertrages Änderungen vereinbarter Leistungen bzw. der Umstände der Leistungserbringung und/oder zusätzliche Leistungen für erforderlich bzw. sinnvoll, hat er dies dem anderen ehestens nachweislich bekannt zu geben. Mit der Ausführung der betreffenden Leistungen darf der AN – ausgenommen bei Gefahr in Verzug – erst nach schriftlicher Zustimmung des AG beginnen – widrigenfalls er sämtlicher wie auch immer gearteter Ansprüche auf Vergütung der Leistungen verlustig wird.
167. Beeinflussen die vorgesehene Änderung der Leistung oder die Umstände der Leistungserbringung den vertraglich vereinbarten Preis oder werden zusätzliche Leistungen vorgesehen, so ist der Anspruch bei sonstigem Anspruchsverlust vor der Ausführung dieser Leistungen vom AN beim AG schriftlich geltend zu machen. Der AN hat hierüber den AG ehestens, spätestens jedoch binnen 14 Tagen nach Aufforderung, ein Zusatzangebot auf Basis der dem Angebot zugrunde liegenden Preise und Kalkulationsgrundlagen vorzulegen. Das zusätzliche Angebot gilt erst als angenommen, wenn dieses schriftlich und rechtsgültig vom AG im Zuge eines Abrufauftrages beauftragt wird.
168. Ist mit den Änderungen der Leistung und/oder mit den zusätzlichen Leistungen eine Verzögerung der Ausführung verbunden, so ist auch eine Verlängerung der Leistungsfrist für die davon betroffenen Leistungen (Erfüllungsorte) schriftlich zu vereinbaren.
169. Der AN verliert den Anspruch auf Verlängerung der Leistungsfrist, wenn er nicht unverzüglich nachweislich und schriftlich darauf hinweist, dass eine Änderung der Leistung oder eine zusätzliche Leistung eine Verlängerung der Leistungsfrist nach sich zieht.

7.5. Eigenmächtig erbrachte Leistungen

170. Leistungen, die der AN unter eigenmächtiger Abweichung vom Leistungsvertrag ausgeführt hat, werden grundsätzlich nicht vergütet. Der AG kann verlangen, dass diese Leistungen innerhalb einer angemessenen Frist beseitigt oder angepasst werden, widrigenfalls kann dies auf Kosten des AN geschehen. Der AN hat darüber hinaus dem AG den allenfalls entstandenen Schaden zu ersetzen.

8. RECHTLICHE UND KOMMERZIELLE AUFTRAGSBEDINGUNGEN

8.1. Einzelauftrag / Abrufauftrag

171. Abrufaufträge (= Bestellungen) für einen Einzelauftrag gelten dann als rechtsgültig erteilt,

wenn der Abrufauftrag für einen Einzelauftrag seitens des AG vom Kompetenzzentrum Beschaffung (K-ER-BE) oder firmenmäßig unterfertigt ist.

172. Für Leistungen, die der AN erbringt und die nicht beauftragt wurden, besteht weder ein Entgeltanspruch noch ein Anspruch auf Aufwandsersatz gegen den AG. Der AG hat vielmehr das Recht, die unverzügliche und unentgeltliche Beseitigung der Leistung und Wiederherstellung des vorigen Zustandes zu verlangen.
173. Der AG definiert im Einzelauftrag insbesondere die vom AN zu erbringenden Leistungen unter Angabe des Leistungsbeginns, Leistungsumfanges, allfälliger besonderen Spezifikationen, des für die Auftragsabwicklung in Aussicht genommenen Zeithorizontes sowie konkrete Angaben zur Anlieferung.
174. Erachtet der AG die Stornierung eines erteilten Einzelauftrages für eine Dienstleistung für unumgänglich, kann er diesen unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist stornieren. Die Verrechnung von Stornogebühren durch den AN ist dabei nicht zulässig. Die bis dahin geleisteten Aufwendungen werden vom AN nur in dem Ausmaß in Rechnung gestellt, in dem die erbrachte Leistung einen Nutzen im Sinne der vertraglich vereinbarten Leistung bringt. Ausgenommen von diesem Absatz sind Wartungsleistung, die gemäß Punkt 6.17 ordentlich gekündigt werden können.
175. Vom AG wird eine Person nominiert, die gegenüber dem AN befugt ist, die Art und Weise der Auftragserfüllung anzuordnen, Termine zu vereinbaren, Leistungsnachweise als Grundlage für die Verrechnung zu genehmigen, die Auftragserfüllung begleitend zu kontrollieren, gegebenenfalls die Erbringung der Dienstleistung durch eine andere Fachkraft des AN zu fordern, wenn die eingesetzte Fachkraft nicht die für die Erfüllung des Einzelauftrages erforderliche Qualifikation aufweist.
176. Ist die Leistung des AN nicht entsprechend, kann der jeweilige Einzelauftrag vom AG jederzeit, ohne Angabe spezifischer Gründe, abgebrochen werden. Die bis dahin geleisteten Aufwendungen werden dem AN nur in dem Ausmaß vergütet, in dem die erbrachte Leistung einen Nutzen im Sinne der vertraglich vereinbarten Leistung bringt.
177. Der AN ist für die ordnungsgemäße, dem Stand der Technik entsprechende, Erfüllung aller im Einzelauftrag definierten Leistungen verantwortlich.
178. Eine (Netto-)Arbeitsstunde beträgt jeweils sechzig Minuten. Anreisewege, Fahrten innerhalb Wiens, Pausen und Dienstverhinderungen werden in diese Arbeitsstunden nicht eingerechnet

und werden daher auch nicht gesondert vergütet.

179. Sofern eine Leistung gemäß Punkt 7.3 abzunehmen ist, gilt sie ausschließlich dann als abgenommen, wenn die vom AG nominierte Person die Abnahme ausdrücklich und schriftlich erklärt hat.

8.2. Vertragsdauer und Optionen

180. Das Vertragsverhältnis erwächst mit der Gegenzeichnung durch den AG in Rechtskraft. Das Vertragsverhältnis über die Wartung des Zweikanal-Kuvertiersystems wird für die Dauer von fünf Jahren ab Abnahme des Zweikanal-Kuvertiersystems (siehe Punkt 3.4) abgeschlossen, wobei der AG betreffend die ersten zwei Jahre der Vertragslaufzeit auf eine Kündigung verzichtet.
181. Bei Inanspruchnahme aller Optionen verlängert sich die Dauer des Leistungsvertrages jeweils um ein weiteres Jahr, höchstens jedoch auf insgesamt 10 Jahre. Der AG gibt dem AN spätestens ein Monat vor Ende der Laufzeit des Leistungsvertrages schriftlich via postalischem Schreiben, Telefax oder E-Mail bekannt, ob er vom Recht, die Verlängerungsoption zu ziehen, Gebrauch macht. Der AG wird von der Option Gebrauch machen, wenn dies aus seiner Sicht zur Wahrung der Kontinuität der Leistungserbringung erforderlich ist.
182. Bei Inanspruchnahme aller optional angebotenen Wartungsleistungen (Wartungsverlängerung) gemäß Punkt 6.1 beträgt die Vertragsdauer (10) zehn Jahre ab Abnahme.
183. Der AG steht weiters das Recht zu für die Dauer der Wartungsleistungen, die optional anzubietenden zusätzlichen Unterstützungsdienstleistungen sowie die optional anzubietenden Rufbereitschaften abzurufen, wobei sie dem AN zehn (10) Werktage vorweg die Inanspruchnahme ankündigen bzw. die Leistungen spätestens zehn (10) Werktage vor Leistungsbeginn mittels Abrufauftrag beauftragen wird.
184. Im Zusammenhang mit der Vertragsdauer für die Wartung wird auf Punkt 6.4 verwiesen.

8.3. Außerordentliche Kündigung

185. Der AG ist berechtigt, das Vertragsverhältnis bei Vorliegen eines wichtigen Grundes einseitig ohne Setzung einer Nachfrist durch schriftliche Erklärung mit sofortiger Wirkung aufzulösen.
186. Als wichtige Gründe für den AG gelten insbesondere:
- das Vorliegen nicht bloß geringfügiger Mängel, welche der AN nicht innerhalb der vom AG

eingräumten angemessenen Nachfrist behoben hat. Als nicht bloß geringfügige Mängel gelten insbesondere:

- die Nichterfüllung und Nichteinhaltung der in Teil B und Teil E geforderten Funktionen und Leistungen des Zweikanal-Kuvertiersystems
 - das Vorliegen von Umständen, die eine zeitgerechte bzw. weitere Erfüllung wesentlicher Teile des Vertrages offensichtlich unmöglich machen, sofern diese nicht der AG selbst zu vertreten hat
 - das wiederholte erhebliche Überschreiten von Wiederherstellungszeiten trotz Abmahnung durch den Auftraggeber, wobei eine Überschreitung von 100% der geschuldeten Zeit jedenfalls als erheblich gilt.
- wenn die Energieaufnahme der angebotenen und installierten Konfiguration in kVA die im Teil E, Kriterien-/ Fragenkatalog, angegebenen Werte überschreitet; in diesem Fall kann der AG auch die Vertragsstrafe gemäß Punkt 7.1 sowie zusätzlich eine angemessene Entgeltminderung verlangen und mit Forderungen des AN gegen den AG einseitig aufrechnen.
 - die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des AN oder die Abweisung eines Insolvenzverfahrens mangels kostendeckenden Vermögens;
 - das Vorliegen von Umständen, die eine zeitgerechte bzw. weitere Erfüllung wesentlicher Teile des Vertrages offensichtlich unmöglich machen, sofern diese nicht der AG selbst zu vertreten hat;
 - für den AG verpflichtende gesetzlich vorgesehene Vertragsauflösungsgründe
 - wenn der AN oder ihm zurechenbare Personen gegen die gesetzlichen Antikorruptionsbestimmungen verstoßen und/oder im Fall des unmittelbaren oder mittelbaren Versprechens oder Gewährens eines Vermögensvorteils an Personen des AG durch den AN oder durch einen Subunternehmer des AN;
 - wenn der AN oder ihm zurechenbare Personen dem Personal des AG oder sonstigen vom AG zurechenbaren Personen nicht bloß geringfügige Geschenke, Einladungen oder Zuwendungen welcher Art auch immer gewähren oder sich mit Personal des AG oder mit sonstigen des AG zurechenbaren Personen inoffiziell zu laufenden Vergabeverfahren des AG trifft.
 - eine Beschränkung oder unlautere Beeinflussung des freien Wettbewerbs durch den AN, ein mit diesem verbundenes Unternehmen oder einen Subunternehmer des AN in dem dem Vertragsabschluss vorangegangenen Vergabeverfahren;
 - der Einsatz einer vom AG nicht genehmigten ausgetauschten Fachkraft und/oder eines

nicht genehmigten Subunternehmers durch den AN;

- die Weigerung des AN, eingesetztes Personal seines Unternehmens beim AG auszutauschen, wenn dies der AG fordert;
- wenn eine Verurteilung des AN oder eines vom AN eingesetzten Subunternehmers gegen die Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes oder analoger Normen vorliegt;
- Verlust oder Einstellung der Gewerbeberechtigung;
- eine falsche Erklärung im erheblichen Ausmaß des AN im Angebot oder im Zuge eines Abrufauftrages;
- das Vorliegen einer wesentlichen Vertragsverletzung; eine solche ist insbesondere jede Verletzung der vertraglichen Verpflichtungen, wenn sie nachteilig und trotz schriftlicher Abmahnung wiederholt erfolgt;
- wenn der AN Sozialversicherungsbeiträge oder sonstige Abgaben hinterzieht,
- wenn der AN oder eine von ihm zur Auftragserfüllung herangezogene Person gegen die Bestimmungen der Geheimhaltungsvereinbarung (Teil G) oder gegen Punkt 9 (, Datenschutz, Datensicherheit, Geheimhaltung) bzw. sonst gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt.

187. Erklärt der AG nach Punkt 8.3 die sofortige Beendigung des Vertragsverhältnisses, verliert der AN jeden Anspruch auf das Entgelt, soweit er nicht bereits eine für den AG nach deren Anforderungen verwertbare Teilleistung erbracht hat. Soweit ein Anspruch auf das Auftragsentgelt nicht besteht, hat der AN dem AG allenfalls bereits geleistete Zahlungen zuzüglich einer Verzinsung von 4 vH über dem jeweiligen geltenden Basiszinssatz p.a. (ab dem Tag des Empfangs der Beträge an gerechnet) unverzüglich rück zu erstatten. Im Falle der sofortigen Beendigung des Vertragsverhältnisses hat der AN dem AG, unabhängig von weiteren Schadenersatzansprüchen, auch die durch eine allfällige Weitergabe des Auftrags an einen Dritten erwachsenden Mehrkosten (= Ersatzvornahme) einschließlich der Kosten für die Durchführung eines Vergabeverfahrens zu ersetzen.

188. Der AN hat den AG ohne Verzug vorab darüber zu informieren, wenn der AN ein Verfahren zur Auflösung und Liquidierung seiner Gesellschaft einleitet oder eine Insolvenz droht, durch Wechsel der Beteiligungsverhältnisse unter einen neuen beherrschenden Einfluss gerät oder den die vertragsgegenständlichen Leistungen betreffenden Geschäftsbereich einzustellen oder dessen Übertragung an einen Dritten oder den Zusammenschluss mit dem Unternehmen eines Dritten beabsichtigt. Im Falle einer Übertragung des die vertragsgegenständlichen Leistungen betreffenden Geschäftsbereichs vom AN an einen Dritten oder des Zusammenschlusses des

Geschäftsbereiches mit dem Unternehmen eines Dritten hat der AG das Recht zu verlangen, dass der AN für die ordnungsgemäße Erfüllung des Vertragsverhältnisses durch den Dritten ausdrücklich zusätzlich zu dem Dritten Gewähr leistet oder, sollte eine solche Erklärung vom AN nicht abgegeben werden, vom Vertrag zurück zu treten.

8.4. Erfüllungsort

189. Erfüllungsorte sind die Räumlichkeiten des Bundesrechenzentrums (Hintere Zollamtsstraße 4, 1030 Wien); im Anhang 1 ist ein Anlieferungsplan enthalten.

8.5. Leistungsbeginn

190. Sofern im Abrufauftrag für einen Einzelauftrag (siehe Punkt 8.1) nichts Gegenteiliges festgelegt wird, sind die Leistungen innerhalb folgender Fristen ab Zugang des Abrufauftrags zu erbringen (= Leistungsbeginn):

- Lieferung des Zwei-Kanal-Kuvertiersystems: 16 Wochen
- Wartungsleistungen: 4 Stunden (siehe Punkt 6.2)
- Schulungsleistungen: 1 Woche ab Inbetriebnahme
- Leistungen aus dem optionalen Stundenpool für Unterstützungsleistungen: 10 Werktage
- Leistungen aus dem optionalen Stundenpool für Rufbereitschaften 10 Werktage

191. Der genaue Zeitpunkt des Leistungsbeginns (z.B. Lieferzeitpunkt, Beginn der Wartungsleistungen) wird im jeweiligen Abrufauftrag für einen Einzelauftrag (siehe Punkt 8.1) spezifiziert.

8.6. Teilbarkeit von Leistungen

192. Sämtliche vom AN zur Erfüllung des Vertrages übernommene Pflichten sind Hauptleistungspflichten und bilden eine unteilbare Leistung. Es bleibt dem AG unbenommen, dessen ungeachtet einzelne Leistungen des AN als teilbar zu behandeln, sofern sie für den AG nach dessen Anforderungen selbständig verwertbar sind.

8.7. Eigentums- und Gefahrenübergang

193. Das Zwei-Kanal-Kuvertiersystem und deren Komponenten reisen auf Gefahr des AN, d.h. der AN hat für die Verpackung und den Transport Sorge zu tragen und haftet verschuldensunabhängig für etwaige Schäden, einschließlich der Gefahr für zufälligen

Untergang oder Beschädigung.

194. Das Eigentum und die Gefahr an dem gelieferten und installierten Zweikanal-Kuvertiersystem und dessen Komponenten gehen nach erfolgreichem Abschluss des Performancetests (siehe Punkt 3.2) und abgeschlossenem und abgenommenen Probetrieb (siehe Punkt 3.3) an den AG über.

8.8. Zurückbehaltung und Leistungspflicht

195. Im Streitfall ist der AN nicht berechtigt, Lieferungen zurückzubehalten oder Leistungen einzustellen.

8.9. Randbedingungen und Voraussetzungen

196. Im Bewusstsein seiner Warnpflicht erklärt der AN, die Inhalte des Vertrages und die weiteren Vertragsbestandteile gemäß Punkt 1.2 sorgfältig überprüft zu haben und dass diese für die vom AN zu erbringenden Leistungen zur Lieferung und Wartung eines Zweikanal-Kuvertiersystems ausreichend beschrieben sind. Der AN garantiert, sein Angebot unter dem Gesichtspunkt der vollständigen Funktionsfähigkeit der angebotenen Leistungen erstellt zu haben. Es dürfen daher für den vom Angebot des AN umfassten Leistungsgegenstand keinerlei Teile, Komponenten oder Leistungen fehlen, soweit sie für die Betriebsfähigkeit des angebotenen Zweikanal-Kuvertiersystems bzw. deren Komponenten erforderlich sind, auch wenn diese in Teil B, Lastenheft, und in Teil E, Kriterien-/ Fragenkatalog, nicht ausdrücklich erwähnt wurden.
197. Der AN hat seine Kalkulation sorgfältig erstellt, hat Reserven einkalkuliert, verfügt über eine ausreichende Anzahl an geeigneten und qualifizierten Fachkräften und kann, wenn notwendig, die Personalkapazität kurzfristig entsprechend aufstocken, um die vertragsgegenständlichen Leistungen zum jeweiligen Zeitpunkt fristgerecht zu erbringen und die jeweiligen Projektziele unter Einhaltung der hohen Qualitätsanforderungen und des jeweiligen Zeitplans erfüllen zu können.
198. Der AN erklärt, zur Durchführung des Projekts zu den angebotenen Kosten fähig zu sein. Der AN erklärt die Lieferung, Aufstellung, Justierung, Montage, Installation und Wartung des Zweikanal-Kuvertiersystems für machbar, auch wenn während der Vertragsdauer zusätzliche oder geänderte Anforderungen bzw. nicht vorhergesehene Hindernisse auftreten sollten.
199. Der AN wird nur System-Komponenten einsetzen, die er in Bezug auf Funktionsumfang, Fehlerfreiheit und Kapazitäten selbst getestet hat und für welche das Auslaufen der

Verfügbarkeit bzw. Unterstützung innerhalb der Gewährleistungs- und Garantiefrist ausgeschlossen ist.

8.10. Rechtsnachfolge

200. Die Übertragung von Rechten und Pflichten aus diesem Vertrag seitens des AN bedarf der vorherigen Zustimmung des AG.
201. Der AG ist berechtigt, sämtliche Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag – auch ohne vorherige Zustimmung des AN – auf Gesamtrechtsnachfolger oder Einzelrechtsnachfolger zu übertragen.

8.11. Einsatz von Subunternehmern / Wechsel von Subunternehmern und/oder von namhaft gemachten Fachkräften

202. Der AN ist nicht berechtigt, sich ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AG anderer bzw. weiterer als der im Angebot genannten Subunternehmer und/oder anderer bzw. weiterer als der im Angebot namhaft gemachten Fachkräfte zu bedienen. Beabsichtigt der AN einen anderen als im Angebot genannten oder einen weiteren Subunternehmer und/oder eine andere als im Angebot namhaft gemachte oder eine weitere Fachkraft einzusetzen, so hat er dies dem AG schriftlich vor deren Einsatz bekannt zu geben.
203. Der AG wird seine diesbezügliche Entscheidung binnen einer Frist von drei Wochen ab Erhalt der die Leistungsfähigkeit des Subunternehmers bzw. die Qualifikation der Fachkraft nachweisenden Unterlagen treffen und einen Wechsel von Subunternehmern bzw. einen Austausch von Fachkräften nur aus wichtigen Gründen ablehnen.
204. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere auch dann vor, wenn der AN der Aufforderung zur Erbringung des Nachweises über die Durchführung oder die neuerliche Durchführung der Sicherheitsüberprüfung oder eine namhaft gemachte Person der Aufforderung zu den Beantragungen der Sicherheitsüberprüfung gemäß §§ 55 ff SPG und des Einholens einer Freigabe für diese Sicherheitsstufe vom Auftraggeber durch dessen CISO gemäß Teil A, Bestimmungen für das Angebot, Punkt 26.4.3 vor Einsatz der Fachkraft trotz schriftlicher Abmahnung nicht nachkommt.
205. Der AG ist zudem berechtigt, vom AN den sofortigen Austausch einer Fachkraft zu verlangen, wenn für diese eine Sicherheitsüberprüfung erforderlich ist und diese nicht positiv erteilt wird, diese nachträglich wegfällt oder entzogen wird. In diesem Fall hat der AN dem AG umgehend eine neue geeignete und qualifizierte Fachkraft namhaft zu machen und zur Auftragsabwicklung zur Verfügung zu stellen, die entweder über die erforderliche

Sicherheitsüberprüfung verfügt oder ihre Zustimmung zur Durchführung der Sicherheitsüberprüfung erteilt und keine Gründe vorliegen, die mit überwiegender Wahrscheinlichkeit einer positiven Überprüfung und somit einer positiven Sicherheitsüberprüfung entgegenstehen.

8.12. Entgelt, Zahlungsbedingungen, Spesen

206. Das vom AG für die vom AN erbrachten Leistungen zu leistende Entgelt ist - unbeschadet der Bestimmungen über die Preisanpassungen gemäß Punkt 8.16 – in den Preisblättern (Teil C) des AN, die der AG durch rechtswirksame Zuschlagserteilung angenommen hat, ausgewiesen. Die Wartungskosten sind, wie in Teil C vorgesehen, explizit und getrennt vom Produktpreis angegeben. Die Angebote sind so kalkuliert und erstellt, dass in den Preisblättern das Wartungsentgelt gesondert angegeben ist.
207. Leistungen durch den AN werden nur dann vergütet, wenn diese durch den AG vor deren Erbringung gemäß Punkt 8.1 beauftragt werden. Diese werden gemäß den entsprechenden Positionen des Preisblattes abgerechnet. Der AN hat über die zusätzlichen Unterstützungsdienstleistungen Aufzeichnungen (Datum, Angabe von Dauer, eingesetztes Personal in Stunden mit Funktionsangabe, Art der Leistung, etc.) zu führen, die er sich unmittelbar nach Leistungserbringung durch den AG (oder seinen Bevollmächtigten), jedenfalls jedoch wöchentlich, unterzeichnen lassen muss.
208. Den Leistungsnachweisen haben ausreichend detaillierte Tätigkeitsbeschreibungen zugrunde zu liegen, sodass eine Nachvollziehbarkeit der erbrachten Leistungen gegeben ist.
209. Eine (netto-) Arbeitsstunde beträgt jeweils sechzig Minuten. Anreisewege, Fahrten innerhalb Wiens, Pausen und Dienstverhinderungen werden in diese Arbeitsstunden nicht eingerechnet und werden daher auch nicht gesondert vergütet.
210. Mit dem angebotenen Wartungsentgelt (Wartungspauschale) sind alle vom AN zu erbringenden Wartungsleistungen abgegolten.
211. Eine gesonderte Abgeltung von Ersatz- und Verschleißteilen, Komponenten sowie Materialien erfolgt nur bei durch äußere Einflüsse bei dem AG aufgetretenen Störungen Schäden (siehe Rz 116 und 117) sowie im Falle von Change Requests (Punkt 7.4) und nur für jene Materialien bzw. Komponenten, welche in der Herstellerpreisliste oder in Teil C Preisblatt in der Tabelle „fakultative Preispositionen“ angeführt sind.
212. Die Wartungsleistungen während des Probetriebes werden nicht gesondert vergütet.

213. Leistungen zur Sanierung von Schäden, die Dritte am Zweikanal-Kuvertiersystem des Auftraggebers verursachen, werden – sofern die Sanierung vom AG gemäß Punkt 8.1 beauftragt wurde – nach tatsächlichem Aufwand abgegolten. Die Gewährleistung und Garantie beginnt für die sanierten Teile neu zu laufen.
214. Sämtliche Preise sind Festpreise für die Dauer der Festpreisperiode, welche bis 31. Dezember 2019 andauert.
215. Sämtliche Preise sind Pauschalpreise. Diese umfassen insbesondere alle Nebenleistungen und sonstigen Leistungen, welche zur Herbeiführung des jeweiligen Leistungserfolges notwendig sind, auch wenn diese in den Ausschreibungsunterlagen nicht ausdrücklich angeführt waren. Ebenso sind alle mit der Lieferung, Installation und Anpassung der Leistungen sowie allgemein alle zur Erreichung der jeweiligen Projektziele im Zusammenhang stehenden Leistungen, Kosten und Gebühren, auch wenn sie in den Ausschreibungsunterlagen nicht gesondert aufgeführt sind, aber zur Herbeiführung des jeweiligen Leistungserfolges notwendig sind, vom Pauschalpreis umfasst.
216. Die Pauschalpreise umfassen insbesondere auch:
- Reisespesen und sonstige Diäten;
 - Transport- und Anfahrtskosten (z.B. Mautkosten);
 - Lager- und Arbeitsplatzkosten;
 - Verpackungskosten, Verpackungsmaterial, Abtransport des Verpackungs-materials;
 - alle für die Durchführung der Wartung erforderlichen Leistungen, insbesondere die Haltung, Lieferung und den Einbau von Ersatz- und Verschleißteilen sowie sonstigen Komponenten und den Einsatz von Materialien.
217. Alle sich aus diesem Vertragsverhältnis oder der damit verbundenen Tätigkeit des AN ergebenden Steuern (mit Ausnahme der Umsatzsteuer) Gebühren, Zölle, Urheberrechtsabgaben, Entsorgungsbeiträge, trägt der AN. Wird der AG für solche Abgaben in Anspruch genommen, wird der AN dem AG hierfür schad- und klaglos halten. Der AG ist berechtigt, Forderungen aus dieser Schad- und Klagloshaltungsbestimmung von dem an den AN zu leistenden Entgelt in Abzug zu bringen und einzubehalten.

8.13. Rechnungslegung

218. Die Rechnungslegung für das gelieferte Zweikanal-Kuvertiersystem darf erst unmittelbar nach vollständig und ordnungsgemäß erbrachter Leistung und Abnahme (siehe Punkt 3.4) erfolgen.
219. Die Legung von Rechnungen für die jährliche Wartungspauschale hat nach deren Beauftragung

mittels eines Abrufauftrages aliquot (in vier Teilen) jeweils quartalsweise im Vorhinein zu erfolgen.

220. Die von der nominierten Person des AG bestätigten Dienstleistungen müssen monatlich, binnen 14 Kalendertagen nach Ablauf des Monats in dem die jeweiligen Leistungen erbracht wurden, in Rechnung gestellt werden. Für jene bestätigten Leistungen, für die nicht binnen 14 Kalendertagen nach Ablauf des Monats, in dem die Leistungen erbracht wurden, Rechnung gelegt wurde, besteht ein Entgeltanspruch erst im nächstfolgenden Monat.

221. Abweichungen vom oben beschriebenen Verrechnungsmodus für Einzelaufträge sind möglich, doch müssen solche Abweichungen im Abrufauftrag ausdrücklich vereinbart werden.

222. Die vom AN gelegten Abrechnungen haben den gesetzlichen Vorschriften des österreichischen Umsatzsteuergesetzes (UStG) in der jeweils geltenden Fassung (insbesondere des § 11 UStG) zu entsprechen und sind an die Abteilung Finanz- und Rechnungswesen der Bundesrechenzentrum GmbH zu richten. Sie haben überdies folgende Informationen zu beinhalten:

- Nummer des Abrufauftrages (SAP-Bestellscheinnummer der AG);
- Name und Anschrift des liefernden oder leistenden Unternehmers;
- Name und Anschrift des AG;
- Menge und handelsübliche Bezeichnung der Gegenstände bzw. Art und Umfang der Leistungen;
- Tag/Zeitraum der Lieferung oder sonstigen Leistung;
- Entgelt für die Lieferung/sonstige Leistung und der anzuwendende Steuersatz bzw. bei Steuerbefreiung einen Hinweis auf diese; die Preise sind prüfbar und detailliert gemäß den Positionen des Abrufauftrages und gegliedert nach Erfüllungsort, an dem die Leistung erbracht wurde, darzustellen;
- den auf das Entgelt entfallenden Steuerbetrag;
- Ausstellungsdatum (wenn dieses gleich ist mit dem Tag der Lieferung oder sonstigen Leistung, genügt der Vermerk "Rechnungsdatum ist gleich Liefer- bzw. Leistungsdatum");

- Fortlaufende Nummer;
- Umsatzsteueridentifikationsnummer (UID-Nummer) des Auftragnehmers;
- UID-Nummer des Auftraggebers (auf Rechnungen mit einem Gesamtbetrag über EUR 10.000,-- inkl. USt, weiters wenn die Steuerschuld auf den Leistungsempfänger übergeht - Reverse Charge);
- bei Anwendung der Differenzbesteuerung hat ein Hinweis auf diese zu erfolgen;
- Wird die Rechnung in einer anderen Währung als Euro ausgestellt, ist der Steuerbetrag zusätzlich in Euro anzugeben;
- den allfälligen Abnahmenachweis;
- alle sonstigen zur Überprüfung erforderlichen Unterlagen;
- den Summenpreis und die Umsatzsteuer.

223. Rechnungen sind in deutscher Sprache zu legen und dürfen keine nicht allgemein üblichen und verständlichen Abkürzungen enthalten.

224. Der AG wird die ordnungsgemäß gelegten Rechnungen innerhalb von 30 Tagen netto begleichen. Die Zahlungsfrist von 30 Tagen beginnt – vertragsgemäße Leistungserbringung und ordnungsgemäße Rechnungslegung vorausgesetzt – am Tag nach dem Eingang der betroffenen Rechnung beim AG zu laufen. Für Zahlungen innerhalb von 21 Kalendertagen ab Beginn der Zahlungsfrist ist dem AG ein Skonto von 3 % zu gewähren. Für die Einhaltung der Zahlungsfrist ist die Anweisung der Bank des AG durch diese am letzten Tag der Frist rechtzeitig. Alle Zahlungen sind auf ein vom AN schriftlich bekannt zu gebendes Bankkonto zu leisten.

225. Für den Fall des Zahlungsverzugs schuldet der AG Verzugszinsen von 4 % über dem von der österreichischen Nationalbank verlautbarten Basiszinssatz.

8.14. Mangelhafte Rechnungslegung

226. Ist eine Rechnung formwidrig, mangelhaft oder ohne die erforderlichen Belege gelegt oder ist die Rechnungslegung gemäß den Bestimmungen über die Rechnungslegung noch nicht zulässig, oder wurde die Rechnung ohne eine entsprechende Bankgarantie beizulegen gelegt (siehe Teil F) oder entspricht die Bankgarantie nicht den festgelegten Voraussetzungen in diesem Punkt, so wird die Rechnung dem AN binnen 14 Tagen ab Eingang der Rechnung beim

AG zur Verbesserung zurückgestellt.

227. Der AN hat die korrigierte Rechnung mit entsprechend neuem Ausstellungsdatum binnen 14 Tagen bzw. zum zulässigen Zeitpunkt dem AG neu vorzulegen. Die Zahlungsfrist (30 Tage netto) beginnt mit Einlangen der korrigierten und ordnungsgemäß gelegten Rechnung beim AG neu zu laufen.
228. Bei Fehlen einer erforderlichen Bankgarantie oder falls die Bankgarantie nicht vertragsgemäß ausgestellt wurde, hat der AN eine ordnungsgemäße Bankgarantie binnen 14 Tagen netto (neu) vorzulegen. Die Zahlungsfrist (30 Tage netto) beginnt mit dem Einlangen der ordnungsgemäß gelegten Bankgarantie beim AG neu zu laufen.
229. Im Falle der Zurückstellung der Rechnung gemäß Punkt 8.14 / Randziffer 226 beginnt die Frist für die Skontogewährung gemäß Punkt 8.13 mit ordnungsgemäßer Rechnungslegung neu zu laufen.

8.15. Haftrücklass in Form von Bankgarantien

230. Für den Fall, dass der jeweilige Bestellwert (Auftragssumme inklusive einer allfälligen Wartung/technischen Support) eines Abrufauftrages einen Betrag von € 5.000,-- (exkl. USt) übersteigt, ist der AG berechtigt, einen Haftrücklass in der Höhe von jeweils 5 % des Nettopreises des Bestellwertes (Auftragssumme inklusive einer allfälligen Wartung) einzubehalten. Der Haftrücklass dient der Abdeckung der Ansprüche des AG gegen den AN aus diesem Vertragsverhältnis, unabhängig von seiner Rechtsnatur (insbesondere Gewährleistungsansprüche, Vertragsstrafen und Schadenersatz).
231. Der jeweilige Haftrücklass wird, soweit er nicht in Anspruch genommen wurde, spätestens 30 Tage nach Ablauf der zweijährigen Gewährleistungs- und Garantiefrist auf Ersuchen des AN auf das vom AN bekannt gegebene Konto ausgezahlt.
232. Wurde der AN zur Mängelbehebung aufgefordert, erfolgt diese jedoch nicht innerhalb der vereinbarten Gewährleistungs- und Garantiefrist, so erfolgt keine Auszahlung des Haftrücklasses. Der AG ist in diesem Fall berechtigt, den Haftrücklass bis zur gänzlichen Mängelbehebung durch den AN einzubehalten.
233. Anstelle des oben geregelten Haftrücklasses kann auf Verlangen des AN eine Bankgarantie als Haftrücklass lautend auf jeweils 5 % des Nettopreises des Bestellwertes (Auftragssumme inklusive einer allfälligen Wartung/ technischen Support) zu Gunsten des AG gelegt werden. Die jeweilige Bankgarantie hat dem beiliegenden Muster (siehe Teil F) zu entsprechen und muss für die Dauer der 2-jährigen Gewährleistungsfrist gelten. Der Haftrücklass in Form der

Bankgarantie dient der Abdeckung der Ansprüche des AG gegen den AN aus diesem Vertragsverhältnis, unabhängig von seiner Rechtsnatur (insbesondere Gewährleistungs-, Garantieansprüche, Vertragsstrafen und Schadenersatz).

234. Die jeweiligen Bankgarantien werden, soweit sie nicht in Anspruch genommen wurden, spätestens 30 Tage nach Ablauf der zweijährigen Gewährleistungs- und Garantiefrist auf Ersuchen des AN zurückgestellt.
235. Wurde der AN zur Mängelbehebung aufgefordert, erfolgt diese jedoch nicht innerhalb der vereinbarten Gewährleistungs- und Garantiefrist, so erfolgt keine Rückstellung der Bankgarantie. Der AN ist in diesem Fall verpflichtet, die Bankgarantie entsprechend zu verlängern, widrigenfalls ist der AG berechtigt, diese vor Ablauf in Anspruch zu nehmen.

8.16. Preisanpassungen und Herstellerpreisliste

8.16.1. Preisanpassung

Für die angegebenen Preise für die zusätzlichen Unterstützungsleistungen, Rufbereitschaften und Wartungsleistungen kann eine erste Preisanpassung frühestens nach Ablauf des Kalenderjahres 2019 erfolgen und ausschließlich jeweils jährlich immer zu Beginn eines Kalenderjahres, wirksam werden.

236. Für die angegebenen Preise der zusätzlichen Unterstützungsdienstleistungen, der Rufbereitschaften sowie für die angegebenen Preise für die Wartungsleistungen kann eine erste Preisanpassung frühestens nach Ablauf des Kalenderjahres 2019 (=Fixpreisperiode) erfolgen und ausschließlich jeweils jährlich immer zu Beginn eines Kalenderjahres wirksam werden. Als Basis zur Berechnung der Indexierung dient der VPI 2015 der seitens der Statistik Austria monatlich verlautbart wird oder ein an seine Stelle tretender Index. Die angegebenen Preise im Teil C, Preisblätter, dürfen maximal um die durchschnittliche Jahresinflationsrate (in Prozent), die im Jahr vor Ablauf der Fixpreisperiode verlautbart wurde, erhöht werden, sofern die durchschnittliche Jahresinflationsrate zumindest 2% betragen hat. Beispiel für die Berechnung der durchschnittlichen Jahresinflationsrate: Die Fixpreisperiode endet am 31. Dezember 2019. Die angegebenen Preise im Teil C, Preisblätter, dürfen sich für das darauf folgende Kalenderjahr 2020 um die durchschnittliche Jahresinflationsrate des Jahres 2018 erhöhen, sofern die durchschnittliche Jahresinflationsrate des Jahres 2018 zumindest 2% betragen hat. Für das darauf folgende Kalenderjahr 2021 dürfen sich die im Teil C, Preisblätter angegebenen Preise maximal um die durchschnittliche Jahresinflationsrate des Jahres 2020 erhöhen, sofern die durchschnittliche Jahresinflationsrate des Jahres 2020 zumindest 2%

betragen hat. Für die weiteren Jahre kann auf diese Weise eine Preisanpassung durchgeführt werden, sofern die im Folgenden geregelte Ankündigung an das Kompetenzzentrum Beschaffung (K-ER-BE) erfolgt ist.

237. Verlaubliche Prozentsätze die unter 2 % liegen, bleiben vorerst unberücksichtigt und werden erst gemeinsam mit dem Prozentsatz für das folgende Kalenderjahr berücksichtigt, sofern die Prozentsätze gemeinsam 2 % übersteigen.
238. Der Auftragnehmer hat das Kompetenzzentrum Beschaffung (K-ER-BE) des Auftraggebers jeweils bis spätestens Ende August eines Kalenderjahres schriftlich über eine allfällige Preiserhöhung in Kenntnis zu setzen, damit die Preiserhöhung für das folgende Kalenderjahr mit Beginn 1. Jänner wirksam werden kann.
239. Klargestellt wird, dass eine nachträgliche Berücksichtigung einer Erhöhung gemäß der durchschnittlichen Jahresinflationsrate, die nicht rechtzeitig angezeigt wurde, ausgeschlossen ist.
240. Für bereits abgerufene Projektdienstleistungen, zusätzliche Unterstützungsdienstleistungen und für Wartungsleistungen, die bereits verrechnet wurden, sind Preisanpassungen ausgeschlossen.

8.16.2. Herstellerpreisliste

- 241 Die Herstellerpreisliste ist abzüglich des vom Auftragnehmer in Teil C, Preisblätter, angebotenen **garantierten prozentuellen Rabatts** Verrechnungsgrundlage im Falle von **Änderungen von Art und Umfang der vereinbarten Leistungen** durch den AG (Change Requests Teil D, Punkt 7.4.), sofern diese Leistungen der Erweiterung (physisch und/oder funktionell) oder Modernisierung der vertragsgegenständlichen Lieferungen bzw. Leistungen, sowie für eine Abrechnung der **Behebung von durch äußere Einflüsse beim AG aufgetretenen Störungen und Schäden** (Teil D – Punkt 6.2.) dienen.

Der Auftragnehmer hat die jeweils gültige Herstellerpreisliste gemäß Teil A (Angebotsbestimmungen) nach Abschluss der Rahmenvereinbarung quartalsweise (jeweils zum 15.3., 15.6, 15.9. und 15.12. des jeweiligen Jahres) zu aktualisieren und dem Auftraggeber z.Hd. Bundesrechnungszentrum GmbH, Kompetenzzentrum Beschaffung (K-ER-BE), z.H. Herrn Roland Rothböck, Hintere Zollamtsstraße 4, 1030 Wien, E-Mail: ausschreibung.k-er-be@brz.gv.at zu übermitteln. Bis zur Übermittlung der aktualisierten Herstellerpreisliste gelten die Preise laut der für das letzte Quartal übermittelten Herstellerpreisliste, nach Übermittlung gelten die Preise laut aktualisierter Herstellerpreisliste abzüglich des vom AN in

Teil C, Preisblättern garantierten prozentuellen Rabatts.

242. Neue Positionen auf den Herstellerpreislisten, die z.B. wegen eines Technologiewechsels in der Herstellerpreisliste ergänzt werden, können seitens des AG nach dem vom AN in Teil C – Preisblätter angebotenen **Mindestrabattsatz** um diesen Mindestrabattsatz reduziert von der jeweils aktuellen Herstellerpreisliste bezogen werden.

Die Regelung zu den Preisanpassungen gemäß Punkt 8.16.1 kommt für Preise, die nur in der Herstellerpreisliste gemäß Punkt 8.16.2 enthalten sind, nicht zur Anwendung.

8.17. Überschreitung von Leistungsterminen (Verzug)

243. Für den Fall der Überschreitung von zwischen dem AG und dem AN vereinbarten Leistungsterminen, insbesondere bei Verzögerung der Erreichung eines pönalisierten Meilensteines (siehe Punkt 2.5) oder bei Nichterreichen der Frist zur Behebung von Mängeln gemäß Punkt 8.18.5 gilt folgende Regelung:
244. Verzögert sich die Erreichung eines pönalisierten Meilensteins (siehe Punkt 2.5), die Abnahme oder gerät der AN aus Gründen, die er zu vertreten hat, dadurch in Verzug, dass er die geschuldete Leistung gar nicht, nicht am gehörigen Ort, nicht auf die vereinbarte Weise, nicht in der vereinbarten Menge, nicht abnahmefähig bereitstellt oder nicht zum festgelegten jeweiligen Leistungstermin erbringt, so ist der AG nach seiner Wahl berechtigt,
- auf Erfüllung zu bestehen und eine Vertragsstrafe für jeden Kalendertag des Verzuges sowie darüber hinausgehenden Schadenersatz zu fordern, oder
 - unbeschadet des Rechtes auf Geltendmachung der Vertragsstrafe und von Schadenersatz unter Setzung einer angemessenen Nachfrist vom Abrufauftrag und/oder vom Leistungsvertrag (Teil D) zurückzutreten und einen Dritten auf Kosten des AN mit der Ersatzvornahme der vertragsgegenständlichen Leistungen zu beauftragen. In diesem Fall kann die Vertragsstrafe nur bis zum Zeitpunkt des Rücktrittes vom Abrufauftrag/ Leistungsvertrag gefordert werden; der dem AG zustehende Schadenersatz umfasst neben den Kosten für die Ersatzvornahme unter anderem auch die Kosten einer neuerlichen Ausschreibung.
245. Der AG ist berechtigt, als Konventionalstrafe pro begonnenen Kalendertag des Verzugs 0,5% der Auftragssumme (exkl. Ust) des Zweikanal-Kuvertiersystems (ohne Optionen und Wartung) zu fordern. Die Geltendmachung darüber hinausgehender Schadenersatzansprüche bleibt dem AG vorbehalten.

246. Hinsichtlich der optionalen Leistungsteile (ohne Wartung) ist der AG berechtigt, als Konventionalstrafe pro begonnenem Kalendertag des Verzuges 0,5% der Auftragssumme (exkl. Ust) der mit Abrufauftrag (siehe Punkt 8.1) konkret beauftragten Leistungspakete zu fordern. Die Geltendmachung darüber hinausgehender Schadenersatzansprüche bleibt dem AG vorbehalten.
247. Die Summe sämtlicher Pönalen über die gesamte Laufzeit des Vertrages ist mit 30 % der Auftragssumme (exkl. Ust) der bis dahin abgerufenen Leistungen begrenzt, ausdrücklich ausgenommen hiervon sind Pönalen im Zusammenhang mit der Wartung und den vereinbarten Verfügbarkeiten.
248. Verzögerungen bei Erreichung von vereinbarten Leistungsterminen, die auf höhere Gewalt am Erfüllungsort zurückzuführen sind (z.B. Elementarereignisse) werden für die Zeit des Andauerns des Ausnahmezustandes nicht als Verzug gewertet. Blitzschlag und Überspannung gelten in diesem Zusammenhang als höhere Gewalt.
249. Das dem AG zustehende Rücktrittsrecht gem. Randziffer 243 bezieht sich nach Wahl des AG entweder auf jene Leistung(en), mit der/denen sich der AN in Verzug befindet oder auf alle Leistungen des AN.
250. Für die Überschreitung von Wiederherstellungszeiten sowie für sonstige Verletzungen von Pflichten aus der Wartung (einschließlich der vereinbarten Verfügbarkeiten) gelten jene Regelungen, die in den die Wartung betreffenden Vertragsteilen vorgesehen sind (siehe Punkt 6).
251. Wird eine Pönale wegen Nichteinhaltung eines Termins zur Zahlung fällig, wird diese ab dem vorgesehenen Termin berechnet, sodass in diesem Fall auch die dem AN gewährte Nachfrist pönalisiert ist. Hinsichtlich der einzelnen Meilensteine sowie der Angabe, welche hiervon pönalisiert sind, wird auf Punkt 2.5 verwiesen.

8.18. Gewährleistung und Garantie

8.18.1. Allgemeines

252. Die vom AN geschuldete Gewährleistung wird durch die in diesem Vertrag vereinbarte Garantie ergänzt, sodass unter die Gewährleistung und Garantie auch alle Mängel fallen, die während der Gewährleistungs- und Garantiefrist auftreten.
253. Bezüglich der Dienstleistungen (z.B. Unterstützungsdienstleistungen, Schulungs- und Wartungsleistungen, Rufbereitschaften) gelten die Bestimmungen der Punkte 8.18.2 bis 8.18.7

sinngemäß. Der AN garantiert die zugesicherten Qualifikationen seiner Mitarbeiter sowie die vertrags- und insbesondere termingerechte Durchführung und leistet Gewähr für die ordnungsgemäße dem aktuellen Stand der Technik entsprechende Umsetzung des Abrufauftrags.

8.18.2. Beginn der Gewährleistung und Garantie

254. Der Beginn der Garantie- und Gewährleistungsfrist für die Dauer von jeweils zwei (2) Jahren wird bezüglich der Komponenten an die Abnahme geknüpft (siehe Punkt 3.4).
255. Für nachträglich eingebaute Komponenten bzw. Systemteile gilt ebenso eine zweijährige Garantie- und Gewährleistungsfrist, die mit der Implementierung in das Zweikanal-Kuvertiersystem zu laufen beginnt.
256. Der AN garantiert überdies die Funktionalität des Zweikanal-Kuvertiersystems (also zum Beispiel die Verfügbarkeit von Ersatzteilen und Zubehör) bis jeweils zehn (10) Jahre nach Abnahme des Zweikanal-Kuvertiersystems. Von der garantierten Funktionalität ausgenommen sind Verschleißteile sowie Schäden des Zweikanal-Kuvertiersystems, welche auf höhere Gewalt oder auf Gewalteinwirkung zurückzuführen sind.
257. Ist die Mängelbeseitigung durch den Auftragnehmer mit erheblichen Unannehmlichkeiten für den Auftraggeber verbunden (zB zeitgerechte Abwicklung eines Projektes wäre durch eine Mängelbeseitigung durch den Auftragnehmer nicht mehr gewährleistet etc), oder kommt der Auftragnehmer seiner Pflicht zur Mängelbeseitigung nicht, nicht rechtzeitig trotz Setzung einer angemessenen Nachfrist oder nicht vollständig nach oder ist auch die Ergänzung mangelhaft, gilt folgende Regelung:
- Ist die Leistung für den Auftraggeber unbrauchbar und somit das im Auftrag definierte Vorhaben nicht realisierbar, verliert der Auftragnehmer den Anspruch auf Ersatz des gesamten Aufwandes, den er für diesen Einzelauftrag erbracht hat. In einem solchen Fall hat der Auftragnehmer bereits im Zusammenhang mit dem Einzelauftrag empfangene Entgelte zurückzuzahlen.
 - Ist die Leistung für den Auftraggeber nicht unbrauchbar und ist eine Verbesserung durch den Auftraggeber/einen Dritten möglich, hat der Auftraggeber gegen den Auftragnehmer Anspruch auf Ersatz der tatsächlich angefallenen Verbesserungskosten.
 - Ist die Leistung für den Auftraggeber nicht unbrauchbar, aber in ihrem Wert gemindert und ist eine Verbesserung durch den Auftraggeber/einen Dritten nicht möglich, hat der Auftraggeber

Anspruch auf angemessene Entschädigung, die entweder nach Wahl des Auftraggebers in Form einer Gutschrift oder durch nicht zu verrechnende Leistungen zu erbringen ist.

8.18.3. Verfügbarkeit der Ersatzteile

258. Der Auftragnehmer garantiert die Verfügbarkeit von Ersatzteilen und Zubehör, bis jeweils 10 Jahre nach Abnahme oder Übergabe an den Auftraggeber.

8.18.4. Mängelrüge

259. Die Anwendung der §§ 377 f UGB ist ausgeschlossen. Der AG ist daher weder zur sofortigen Untersuchung noch zur unverzüglichen Mängelrüge verpflichtet.

8.18.5. Mängelbehebung

260. Kann der AN Mängel innerhalb angemessener Zeit nicht beheben, kann der AG nach seiner Wahl die Mängel auf Kosten des AN durch einen Dritten beheben lassen (Ersatzvornahme), Preisminderung begehren oder bei nicht geringfügigen Mängeln hinsichtlich der von den Mängeln betroffenen Leistungsteile vom Abrufauftrag und/oder vom gegenständlichen Vertrag zurücktreten.

8.18.6. Verzicht

261. Erfolgte Zahlungen der AG gelten nicht als Verzicht auf die Geltendmachung von aus der Mangelhaftigkeit resultierenden Ansprüchen.

8.18.7. Neue Gewährleistungs- und Garantiefrist

262. Leistungen aufgrund von Ansprüchen aus Gewährleistung und Garantie setzen für den betroffenen Teil die Gewährleistungs- und Garantiefrist neu in Gang.

8.19. Haftung für Schäden

263. Für vorsätzliche oder grob fahrlässig verursachte Schäden (Sach- und Vermögensschäden) haftet der AN unbeschränkt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.
264. Im Falle der leichten Fahrlässigkeit – wobei die Beweislast hinsichtlich des Verschuldensgrades beim AN liegt – ist die Haftung mit der Höhe des zweifachen Auftragwertes (Einmalkosten zuzüglich sämtlicher Optionen, sofern die Optionen bereits mittels Abrufauftrag beauftragt wurden, exkl. der Unterstützungsdienstleistungen und der Wartung) begrenzt.
265. Die Haftungsbegrenzung gemäß Punkt 8.19 gilt nicht für die Schadenersatzansprüche gemäß Punkt 8.17/ Randziffer 245 (Vertragsstrafe), nicht für Ansprüche des Auftraggebers aus dem

Titel der Gewährleistung gemäß Punkt 8.18. (Ansprüche aus Gewährleistung und Garantie), für Ansprüche gemäß Punkt 8.20 (Sorgfalt), Punkt 8.21 (Ansprüche im Zusammenhang mit der Freiheit von Rechten Dritter), für Ansprüche gemäß Punkt 8.23 / Randziffer 276 (Ansprüche im Zusammenhang mit Immaterialgüterrechten, für Ansprüche gemäß Punkt 9.1 / Randziffer 283 in Verbindung mit Teil G (NDA) (Ansprüche im Zusammenhang mit Datenschutz und Geheimhaltung) sowie für Ansprüche gemäß Punkt 8.3/ Randziffer 187 (Ansprüche aus im Zusammenhang mit einer außerordentlichen Kündigung).

8.20. Sorgfalt

266. Sofern der AG dem AN und/oder dessen Personal (eigenes Personal des AN bzw. sonstige Erfüllungsgehilfen) im Zuge der Leistungserbringung Sachen anvertraut, ist der AN verpflichtet, alle dem AG aus Beschädigung, Verlust, Diebstahl etc. dieser Sachen resultierenden Schäden, unabhängig von einem Verschulden, unverzüglich nach der ersten Aufforderung zu ersetzen.
267. Der AN ist verpflichtet, die vom AG zu Verfügung gestellten Unterlagen spätestens unverzüglich nach Erfüllung, im Falle der vorzeitigen Beendigung des Rechtsverhältnisses, unverzüglich nach dem Beendigungszeitpunkt in ordnungsgemäßigem Zustand zurückzustellen.

8.21. Freiheit von Rechten Dritter

268. Der AN garantiert, dass seine Leistungen frei von Schutzrechten Dritter (z.B. Patente, Urheberrechte, bekannt gemachte Patentanmeldungen, eingetragene Warenzeichen, Gebrauchsmuster) sind, die ihre Nutzung ausschließen bzw. einschränken. Das Gleiche gilt für nicht bekannt gemachte Patentanmeldungen, von denen der AN Kenntnis hat.
269. Der AN hat den AG für Schäden und Aufwendungen wegen Verletzung von Schutzrechten Dritter durch die vertragsgegenständlichen Leistungen schad- und klaglos zu halten.
270. Wird der AG oder ein Nutzer des Zweikanal-Kuvertiersystems wegen der Verletzung von Rechten Dritter auf Grund der Nutzung – auch nur eines Teiles – des Zweikanal-Kuvertiersystems in Anspruch genommen oder droht in Anspruch genommen zu werden, wird der AN dem AG oder dem Nutzer alle damit in Zusammenhang stehenden Kosten (z.B. Schadenersatzzahlungen) ersetzen und auf Verlangen des AG als Nebenintervenient im Falle einer gerichtlichen Auseinandersetzung zur Seite stehen. In diesen Kosten sind insbesondere auch alle Zahlungen enthalten, die der AG oder ein Nutzer nach pflichtgemäßem Ermessen (mit und ohne Hilfe durch den AN) zur gerichtlichen oder außergerichtlichen Streitbeilegung aufzuwenden hat, ferner die Kosten der für die Streitbeilegung beim AG bzw. beim Nutzer aufgewendeten Arbeitszeit sowie die Kosten der anwaltlichen und technischen Beratung und

Vertretung.

271. Bei Bestehen eines die Nutzung des Zweikanal-Kuvertiersystems betreffenden rechtskräftigen Unterlassungsanspruchs wegen Verletzung von Rechten Dritter ist der AN verpflichtet, für den AG entweder auf eigene Kosten das Recht der Weiterbenutzung der von den verletzten Rechten erfassten Zweikanal-Kuvertiersystems zu erlangen oder das Zweikanal-Kuvertiersystem so zu modifizieren und zu ersetzen, dass keine Rechtsverletzungen mehr vorliegen oder, wenn dies nicht realisierbar ist, das Zweikanal-Kuvertiersystem zurückzunehmen und dem AG das bezahlte Entgelt abzüglich 10% pro vollendetem Benützungsjahr bei Zahlung eines Einmalbetrages zurückzuerstatten. Darüber hinausgehende Ansprüche des AG bleiben unberührt.
272. Der AG ist verpflichtet, den AN unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn gegen ihn Ansprüche wegen Verletzung von Rechten Dritter geltend gemacht werden.

8.22. Freiheit von Nutzungsbeschränkungen

273. Der Auftraggeber erwirbt hinsichtlich sämtlicher vertragsgegenständlicher Zweikanal-Kuvertiersystemkomponenten das uneingeschränkte Nutzungsrecht auch über jene Teile der Lieferung, die nach der Gesamtabnahme nicht unmittelbar genutzt werden.
274. Der AG kann den Vertragsgegenstand für beliebige Zwecke des Einsatzes verwenden, diesen – soweit nicht US-Ausfuhrbeschränkungen vorliegen – an einen anderen Ort verbringen, gekaufte Systeme und Komponenten unter Beachtung der Bestimmungen des Außenhandelsgesetzes verkaufen oder vermieten, ändern oder mit Systemen und/oder Komponenten anderer Hersteller verbinden. Eine Haftung / Gewährleistung / Garantie des AN geht dadurch nicht verloren.

8.23. Immaterialgüterrechte

275. Der AN räumt dem AG für alle auftragsgemäß erbrachten Leistungen oder Teile derselben, insbesondere Werke und alle damit zusammenhängenden Ergebnisse, das ausschließliche, übertragbare, zeitliche, räumliche und inhaltlich unbeschränkte und unbegrenzte Werknutzungsrecht – somit auch alle einem Urheber unter anderem im Sinne der Bestimmungen der §§ 14 bis 18a des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung vorbehaltenen Verwertungsarten – ein. Zudem ist der AG berechtigt, die erbrachten Leistungen oder Teile derselben, insbesondere Werke und die damit zusammenhängenden Ergebnisse zu bearbeiten oder durch einen von ihm beauftragten Dritten bearbeiten zu lassen sowie diese geänderten oder bearbeiteten Fassungen im Sinne der §§ 14 bis 18a

Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zu verwerten.

276. Der AN garantiert hinsichtlich der eingebrachten Leistungen oder Teile derselben, insbesondere Werke (Software, Konzepte, Hilfsmittel, Vorlagen etc.), dass er bzw. seine Subunternehmer/Lieferanten über sämtliche erforderlichen Rechte, insbesondere Schutzrechte, für die Erbringung seiner Leistungen verfügt. Zudem räumt der AN dem AG für alle zur vertragsgemäßen Nutzung erforderlichen Verwertungsrechte im Sinne der §§ 14 bis 18a Urheberrechtsgesetzes (UrhG) in der jeweils geltenden Fassung eine übertragbare, zeitlich und räumlich unbeschränkte Werknutzungsbewilligung ein oder trägt für diese Rechtseinräumung Sorge. Der AG ist auch berechtigt, die eingebrachten Leistungen oder Teile derselben, insbesondere Werke, zu bearbeiten (gemäß Punkt 8.23/ Randziffer 275 letzter Satz) und diese bearbeiteten oder geänderten Fassungen zu verwerten.
277. Alle Rechte an den erstellten Ausarbeitungen des AG bleiben ausschließlich beim AG.
278. Alle Rechte an den eingebrachten Ideen, Konzepten des AG bleiben ausschließlich beim AG. Diese stellen dem AN anvertraute Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse iSd § 11 Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) idgF dar.

8.24. Open-Source-Software oder sonstige Drittsoftware

279. Sofern in den angebotenen Softwarekomponenten auch Open-Source-Software (OSS) und/oder sonstige Drittsoftware enthalten ist, gelten sämtliche vorangegangenen Bestimmungen sowie folgende Ergänzungen:
280. Für nichts, was im Rahmen der gegenständlichen Software eingesetzt, programmiert, entwickelt, bearbeitet oder gewartet wird bzw. wurde, darf eine Pflicht zur Veröffentlichung bestehen (kein viraler Effekt).
281. Bei Einsatz von OSS und/oder sonstiger Drittsoftware muss der AN eine vollständige Wartung inklusive Fehlerbehebung durchführen, ohne dass während laufender Wartungsverpflichtung ein Mehraufwand für den AG entsteht.
282. Soweit Wartungsarbeiten für OSS und/oder sonstige Drittsoftware erforderlich sind, werden diese auch vom AN ohne gesonderte Vergütung unter Einhaltung der vorgenannten Punkte durchgeführt.
283. Den AG werden durch die Verwendung von OSS und/oder sonstiger Drittsoftware keinerlei Verpflichtungen überbunden.
284. Der AN ist verpflichtet, die Lizenzbedingungen der Open-Source-Software und/oder der

sonstigen Drittsoftware unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen des gegenständlichen Vertrages einzuhalten. Im Falle eines Lizenzverstoßes hat der AN den AG schad- und klaglos zu halten.

8.25. Einsatz von Personal für die Auftragserfüllung

285. Für die Auftragserfüllung schuldet der AN die Bereitstellung von ausreichend qualifiziertem Personal in gefordertem/r Ausmaß und Qualität gemäß Abrufauftrag.
286. Der AN verpflichtet sich, jenes Personal für die Auftragserfüllung einzusetzen, das er im Angebot ausdrücklich nominiert hat. Der Austausch von Fachkräften mit Zustimmung des AG durch zumindest gleich qualifizierte Fachkräfte ist in Punkt 8.11 geregelt. Durch den Personalwechsel bedingte Ausbildungskosten gehen zu Lasten des AN. Für den Fall, dass der AN Fachkräfte nicht unverzüglich durch zumindest gleich qualifizierte Fachkräfte ersetzt, gilt eine verschuldensunabhängige Vertragsstrafe gemäß Punkt 7.1, wobei die Vertragsstrafe **mindestens EUR 100 pro Tag** beträgt, als vereinbart.
287. Die gemäß Teil A (Bestimmungen für das Angebot), Punkt 26.4.2 namhaft gemachten Fachkräfte, das Servicepersonal und sonstiges Personal des AN, die Zutritt zu den Systemen des AG erhalten, müssen über eine positive Sicherheitsüberprüfung (die Voraussetzungen für das Vorliegen einer positiven Sicherheitsprüfung regelt Teil A, Punkt 26.4.3) gemäß §§ 55 ff SPG gemäß Teil A, Punkt 26.4.3 der Stufe "vertraulich" verfügen oder der Durchführung der Sicherheitsüberprüfung zustimmen oder in der vom AG gesetzten Frist rechtzeitig, das heißt jedenfalls vor Arbeitsbeginn, diese durchführen. Für den Fall, dass die Sicherheitsüberprüfung samt Freigabe durch den CISO des AG nicht rechtzeitig vorliegt, wird der AG dem AN eine Nachfrist von 2 Wochen setzen. Unabhängig von der Setzung der Nachfrist, ist der AG berechtigt, für jeden Tag des Verzuges eine Vertragsstrafe nach Punkt 7.1, wobei die Vertragsstrafe **mindestens EUR 100 pro Tag** beträgt, zu fordern, sofern der AN das Nichtvorliegen der positiven Sicherheitsüberprüfung zu vertreten hat. Sollte nach Ablauf der gesetzten Nachfrist die positive Sicherheitsüberprüfung nicht vorliegen, ist der AG berechtigt, mit sofortiger Wirkung und ohne Setzung einer weiteren Nachfrist vom Vertrag zurückzutreten. Der Vertrag ist rückabzuwickeln. Der AN wird dem AG insbesondere sämtliche Kosten, Aufwände und Schäden im Zusammenhang mit der Rückabwicklung des Vertrages ersetzen. Im Rücktrittsfall hat der AN dem AG auch die durch eine allfällige Weitergabe des Auftrags an einen Dritten erwachsenden Mehrkosten einschließlich der Kosten für die Durchführung eines Vergabeverfahrens zu ersetzen.
288. Der AN wird der fachlichen Weiterbildung seines Personals besondere Aufmerksamkeit

widmen, damit das Wissen seines Personals stets dem Stand der Technik entspricht. Allfällige fach- und projektspezifische, auf den gegenständlichen Leistungsbereich abgestimmte Fortbildungslehrgänge sind während eines laufenden Einzelauftrages in Absprache mit dem AG terminlich zu koordinieren. Den Aufwand für eine berufstätliche Aus- und Fortbildung trägt der Auftragnehmer. Ausbildungszeiten gelten nicht als Arbeitszeit.

8.26. Abwerben von Personal

289. Das Abwerben von Personal des AG durch den AN ist während des aufrechten Bestehens dieses Vertragsverhältnisses unzulässig.

9. DATENSCHUTZ, DATENSICHERHEIT, GEHEIMHALTUNG

9.1. Datenschutz

290. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Regelungen des jeweils geltenden österreichischen und europäischen Datenschutzrechts einzuhalten.
291. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, personenbezogene Daten nur auf dokumentierte Weisung des Verantwortlichen zu verarbeiten, sofern er nicht durch das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der AN unterliegt, hierzu verpflichtet ist; in einem solchen Fall teilt der AN dem AG diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet.
292. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, keine personenbezogenen Daten ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers in einem Land außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) zu verarbeiten oder dorthin zu übermitteln.
293. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich informieren, falls er der Auffassung ist, dass eine Weisung gegen die DSGVO oder gegen andere geltende Datenschutzbestimmungen verstößt.
294. Der Auftragnehmer leistet Gewähr, dass die zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten befugten Personen zuverlässig sind und angemessen hinsichtlich der Einhaltung dieser Vereinbarung, der DSGVO und anderer geltender Datenschutzbestimmungen geschult sind. Weiters leitet der Auftragnehmer Gewähr, dass sich diese Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet haben oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Insbesondere bleibt die Verschwiegenheitsverpflichtung der mit der Datenverarbeitung beauftragten Personen auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit und

Ausscheiden beim Auftragnehmer aufrecht. Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit ist auch für Daten von juristischen Personen und handelsrechtlichen Personengesellschaften einzuhalten.

295. Der Auftragnehmer kann ein anderes Unternehmen nur dann mit der Durchführung von Verarbeitungen betrauen, wenn der Auftraggeber im Vorhinein gesondert schriftlich zustimmt. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber die beabsichtigte Heranziehung eines weiteren Auftragsverarbeiters schriftlich (adressiert an Bundesrechenzentrum GmbH, Kompetenzzentrum Beschaffung (K-ER-BE), Hintere Zollamtsstraße 4, 1030 Wien), per E-Mail an Ausschreibung.K-ER-BE@brz.gv.at mitzuteilen. Nimmt der Auftragnehmer die Dienste eines weiteren Auftragsverarbeiters in Anspruch, um bestimmte Verarbeitungstätigkeiten des Auftraggebers auszuführen, so werden diesem weiteren Auftragsverarbeiter im Wege eines Vertrags dieselben Datenschutzpflichten auferlegt, die in diesem Vertrag festgelegt sind. Kommt der weitere Auftragsverarbeiter seinen Datenschutzpflichten nicht nach, so haftet der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber für die Einhaltung der Pflichten jenes weiteren Auftragsverarbeiters.
296. Klarstellend wird festgehalten, dass die – ausdrückliche oder gesetzlich angeordnete - Zustimmung zum Wechsel eines Subunternehmens im Sinne des BVergG (vgl. Punkt 14 – Einsatz von Subunternehmern/Wechsel von Subunternehmern und/oder von namhaft gemachten Personen) keine Zustimmung zur Heranziehung eines weiteren Auftragverarbeiters gemäß diesem Punkt bedeutet. In einem solchen Fall ist daher eine vorherige Genehmigung zum Wechsel des Subunternehmers gemäß Punkt 14 und zusätzlich eine Genehmigung zur Heranziehung als Subauftragsverarbeiter (= Subdienstleister) im Sinne dieses Punktes erforderlich.
297. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber nach Möglichkeit mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen dabei zu unterstützen, seiner Pflicht zur Beantwortung von Anfragen, Beschwerden und Anträgen auf Wahrnehmung der Rechte der betroffenen Person nachzukommen. Dabei verpflichtet sich der Auftragnehmer insbesondere:
- a) erhaltene Anfragen, Beschwerden und Anträge von betroffenen Person zu protokollieren und unverzüglich, jedenfalls innerhalb von drei Kalendertagen nach Erhalt, an den Auftraggeber weiterzuleiten;
 - b) innerhalb der vom Auftragnehmer geforderten Fristen die Informationen, die Zusammenarbeit und die Unterstützung zur Verfügung zu stellen, die der Auftraggeber in

Bezug auf die jeweiligen Anfragen, Beschwerden und Anträge benötigt;

- c) auf Anfragen, Beschwerden und Anträge von betroffenen Personen nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers zu antworten.

298. Der Auftragnehmer ist nach Abschluss der Erbringung der Verarbeitungsleistungen verpflichtet, alle personenbezogenen Daten nach Wahl des AG entweder zu löschen oder zurückzugeben, sofern nicht nach dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaates der EU eine Verpflichtung zur Speicherung der personenbezogenen Daten besteht.

299. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber alle erforderlichen Informationen zum Nachweis der Einhaltung der in dieser Vereinbarung niedergelegten und durch DSGVO oder andere geltende Datenschutzbestimmungen auferlegten Pflichten zur Verfügung stellen und Überprüfungen – einschließlich Inspektionen –, die vom Auftraggeber, einem anderen von diesem beauftragten Prüfer oder einer zuständigen Aufsichtsbehörde durchgeführt werden, ermöglichen, dazu beitragen und den Auftraggeber dabei unterstützen. Dabei verpflichtet sich der Auftragnehmer insbesondere:

1. Aufzeichnungen über alle Datenverarbeitungen zu führen, die im Auftrag des Auftraggebers durchgeführt werden;
2. auf Anfrage die Aufzeichnungen gemäß lit a dem Auftraggeber und – vorbehaltlich lit c – jeder zuständigen Aufsichtsbehörde zur Verfügung zu stellen;
3. dem Auftraggeber eine Kopie jeder Korrespondenz mit einer zuständigen Aufsichtsbehörde in Bezug auf diese Vereinbarung oder personenbezogene Daten die im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet werden, zur Verfügung zu stellen, bevor die Korrespondenz an die Aufsichtsbehörde erfolgt bzw. übermittelt wird;
4. allen angemessenen Aufforderungen und Anweisungen des Auftraggebers nachzukommen, die eine Überprüfung der vollständigen Einhaltung der Pflichten des Auftragnehmers gemäß dieser Vereinbarung, der DSGVO und anderen geltenden Datenschutzbestimmungen zulassen;
5. dem Auftraggeber und/oder einem qualifizierten Vertreter nach vorheriger schriftlicher Ankündigung durch den Auftraggeber zu gestatten Prüfungen und Inspektionen der Systeme und Prozesse des Auftragnehmers (oder gegebenenfalls eines weiteren Auftragsverarbeiters) in Bezug auf die für den Auftraggeber verarbeiteten personenbezogenen Daten durchzuführen, zu solchen Prüfungen und Inspektionen aktiv

beizutragen und es dem Auftraggeber zu gestatten, die Ergebnisse einer solchen Prüfung oder Inspektion mit einer zuständigen Aufsichtsbehörde zu teilen;

6. im Falle, dass eine Prüfung oder eine Inspektion ergibt, dass der Auftragnehmer (oder ein allfälliger weiterer Auftragsverarbeiter) seine Verpflichtungen gemäß dieser Vereinbarung, der DSGVO oder anderen geltenden Datenschutzbestimmungen nicht einhält, dem Auftraggeber unverzüglich seine Kosten (oder die des qualifizierten Vertreters) für die Prüfung oder die Inspektion zu ersetzen und alle Datenschutz- und Sicherheitsfragen, die während der Prüfung oder der Inspektion aufgedeckt werden und die einen Verstoß oder eine mögliche Verletzung der Verpflichtungen des Auftragnehmers (oder eines allfälligen Auftragsverarbeiters) erkennen lassen, auf eigene Kosten zu lösen.

9.2. Datensicherheit, Unterstützung

300. Der Auftragnehmer erklärt rechtsverbindlich, dass er zu jeder Zeit während er Datenverarbeitungen für den Auftraggeber vornimmt, ausreichende Sicherheitsmaßnahmen im Sinne des Artikels 32 DSGVO ergriffen haben wird. Insbesondere verpflichtet sich der Auftragnehmer, vor Aufnahme der Verarbeitungstätigkeiten auf eigene Kosten geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, interne Kontrollen und Datensicherheitsroutinen zu implementieren und diese während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten, um die Sicherheit der Datenverarbeitungen (insbesondere der personenbezogenen Daten) zu gewährleisten und die Vernichtung, den Verlust, die Veränderung oder unbefugte Offenlegung oder unbefugter Zugang zu personenbezogenen Daten zu verhindern.
301. Weiters verpflichtet sich der Auftragnehmer, unter Berücksichtigung der Art der Verarbeitung und der ihm zur Verfügung stehenden Informationen den Auftraggeber bei der Einhaltung der in den Artikeln 32 bis 36 DSGVO genannten Pflichten betreffend die Sicherheit personenbezogener Daten im erforderlichen Ausmaß zu unterstützen. Dabei verpflichtet sich der Auftragnehmer insbesondere:
- a.) im Falle einer Verletzung oder des Verdachts einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten dies unverzüglich, längstens aber binnen 12 Stunden, nachdem ihm die Verletzung oder das den Verdacht begründende Ereignis bekannt wurde, dem Auftraggeber zu melden;
 - b.) im Falle einer Verletzung oder des Verdachts einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten dies unverzüglich, längstens aber binnen 24 Stunden, nachdem

ihm die Verletzung oder das den Verdacht begründende Ereignis bekannt wurde, dem Auftraggeber mitzuteilen um was für eine Art von Sicherheitsvorfall es sich handelt, welche Datenverarbeitungen (inklusive Kategorien betroffener Personen und Datenarten) und wie viele personenbezogenen Daten ungefähr betroffen sind, was die wahrscheinlichen Folgen des Sicherheitsvorfalls sind sowie welche Maßnahmen der Auftragnehmer ergriffen hat, um das Sicherheitsproblem zu lösen;

- c.) alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten zu mildern und Schäden, die aus dem Sicherheitsvorfall resultieren, so gering wie möglich zu halten und eine Wiederholung eines solchen Sicherheitsvorfalls zu verhindern;
- d.) die Unterstützung und Zusammenarbeit zu leisten, die der Auftraggeber bei der Reaktion auf den Sicherheitsvorfall benötigt, einschließlich einer allfälligen Benachrichtigung der zuständigen Aufsichtsbehörde und/oder der betroffenen Person über den Sicherheitsvorfall.

9.3. Geheimhaltung

- 302. Der Auftragnehmer erklärt rechtsverbindlich, dass er alle Personen vor Aufnahme der Tätigkeit zur Wahrung des Datengeheimnisses im Sinne von § 15 DSG 2000 oder einer entsprechenden Nachfolgeregelung verpflichtet hat und gewährleistet, dass sich die zur Verarbeitung von Daten eingesetzten Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet haben oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Insbesondere bleibt die Verschwiegenheitsverpflichtung der mit dem Datenverkehr beauftragten Personen auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit und Ausscheiden beim Auftragnehmer aufrecht.
- 303. Darüber hinaus wird auf die Regelungen der NDA (Teil G) verwiesen. Der jeweilige Auftragnehmer ist verpflichtet, die als Teil J der Ausschreibungsunterlagen beiliegende Geheimhaltungsvereinbarung, die Vertragsbestandteil ist, seinem im konkreten Einzelauftrag tätigen Personal nachweislich zur Kenntnis zu bringen.

10. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

10.1. Schriftform und Sprache

304. Die Kommunikation zwischen dem AN und dem AG hat grundsätzlich schriftlich zu erfolgen und ist, sofern im Vorstehenden nicht Anderes geregelt ist, in elektronischer Form per E-Mail zu führen.
305. Änderungen und Ergänzungen der Vertragsbestandteile einschließlich des Formvorbehalts der Schriftlichkeit bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Diesbezügliche vertragsrelevante Schriftstücke sind rechtsgültig zu unterfertigen und an den jeweiligen Vertragspartner zu übersenden.
306. Sämtliche Kommunikation (in Wort und Schrift) zwischen AN und AG hat generell in deutscher Sprache zu erfolgen. Das heißt unter anderem, dass das vom AN im Rahmen der Wartung (insbesondere auch der Hotline) eingesetzte Personal der deutschen Sprache wie als Muttersprache in Wort und Schrift mächtig sein muss. Diese Kenntnisse sind dem AG auf Nachfrage in geeigneter Form nachzuweisen.

10.2. Salvatorische Klausel

307. Ist eine Bestimmung des Vertrages unwirksam, so wird sie durch diejenige wirksame Bestimmung ersetzt, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Sollten einzelne oder mehrere Bestimmungen des Vertrages unwirksam sein, wird dadurch die Gültigkeit des Vertrages nicht beeinträchtigt.

10.3. Anwendbares Recht

308. Dieser Vertrag unterliegt österreichischem Recht unter Ausschluss der Bestimmungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (UN-Kaufrechtsübereinkommen idgF.) und der Kollisionsnormen des internationalen Privatrechts.

10.4. Gerichtsstand

309. Für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag gilt die örtliche Zuständigkeit des für 1010 Wien sachlich zuständigen Gerichts als vereinbart. Der AG ist berechtigt, Ansprüche gegen den AN auch vor dem für dessen Sitz zuständigen Gericht geltend zu machen.

10.5. Irrtumsanfechtung

310. Der AN hatte vor Abgabe seines Angebots ausreichend Möglichkeit, Fragen zum Inhalt des Vertrages zu stellen. Der AN verzichtet auf das Recht, den abgeschlossenen Vertrag wegen Irrtums anzufechten oder anzupassen.

10.6. Aufrechnungsverbot

311. Der AN ist, im Gegensatz zum AG, nicht berechtigt, seine Forderungen gegen Forderungen dem AG aufzurechnen, außer die Forderung des AN wurde vom AG anerkannt oder rechtskräftig gerichtlich geregelt.

Ort, Datum: Wien,	Ort, Datum:
Name und Anschrift des Auftraggebers: Bundesrechenzentrum GmbH Hintere Zollamtsstraße 4 1030 Wien	Name und Anschrift des Auftragnehmers¹:
Rechtsgültige Unterschriften samt Namen:	Rechtsgültige Unterschrift(en)¹ samt Name(n)²:

¹ im Falle einer Bietergemeinschaft von allen Mitgliedern dieser Bietergemeinschaft

² auch in Blockbuchstaben